

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

58. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., ohne Postbefehlsgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 25. Dezember 1920

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf., die längste Zeile; Anzeigen- und alle sonstigen Reklamenzettel 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 148.

### Eine Weihnachtsepistel

„Gerechtigkeit und Schnapphähne“ sollte eigentlich als Überschrift gesetzt werden. Über ein lieber Freund, an dem ich immer Wohlgefallen habe, sagte mir: „Mensch und Bruder, bleibe wahr, wie du es stets sein willst, doch falle nicht gleich mit der Tür ins Haus. Wenn es dir auch die Götter versagt haben, dich manierlich zu geben, so weiche wenigstens zu einer Weihnachtspredigt von deinem Urahn Abraham a Sancta Clara etwas ab. Was du zu sagen hast, wird ja doch zur Genüge zeigen, daß auch von dir das Wort gilt: Es läßt sich nicht verleugnen die Stimme der Natur!“ Das war von meinem zweiten Ich kurz und erbaulich gesprochen — und ich lenke ein.

Zwei von eins geht nicht, da muß ich mir einen borgen . . . Das sieht ganz leicht aus, und doch fragen wir unser ganzes Leben lang schwer an dieser Borsgahnd. Wir alle stolpern darüber, kommen darüber zu Fall und in die Brüche. Wer von uns allen, die wir arbeiten, könnte behaupten, daß er nicht schwer an dem ihm zugefallenen Bruchanteil trägt? Doch wer da hofft, zu einem Teil sich freizumachen, dem kommt das Schicksal über den Weg. Es spielt Fangball sowohl mit Starken und Schwachen als auch mit Reichem und Armem. Es kehrt das unterste nach oben, und wie früher, so heißt es heute wie immer wieder: Zwei von eins geht nicht, ich muß mir einen borgen . . .

Alle Art Arbeit, Können und Hilfe fordern und nehmen wir als unser Recht. Das Geschenk der Zivilisation und des Wissens, in jahrtausendelanger Gemeinheitsarbeit erwachsen, verhärtet die Herzen, weiset die Weissen und züchtet den Schnapphahn als Herrn. Gedankenlos, ihres schmückenden Funs sich nicht bewußt, äßt die Menge ihm nach. Die Gerechtigkeit ist vertrieben. Das Menschentum getreten. Die Hölle ist los. Weil jeder wohl borgen mag, aber ungerne erinnert ist an seine Schuld. Nur gleiches Recht am Gabentische der Hilfe und Arbeit bringt Frieden und Ruhe!

Wir alle sind Borger, wir alle sind schuldig. Mit dem ersten lappenden Schritte, mit dem wir uns vom Mutterchoke lösen, ist unser Schuldbuch aufgeschlagen. Wir bleiben Nehmende, Fordernde bis an unser Lebensende. Und fragen wohl nie: Was bin ich schuldig meiner Umgebung, meiner Volksgemeinschaft, dieser vieldimensionalen Geberin! Zum Verbrechen aber wächst Menschenschuld, wenn sie vermöge ererbter, verliehener oder erlichener Macht Menschenrechte vertritt und, wie heute, aus dem schönen, postleumwobenen Garten unsres Planeten ein Tal der Tränen macht.

Die Profitpest geht um, und ihre Verteidiger sind die Mörder unserer Gegenwart und Zukunft. Zwanzig Millionen Deutscher sind zu viel auf der Welt — das ist die Schlüsselworte der Völker europäischer Kultur, der Abschluß unsrer Bildung, unsres Wissens! Deutsche Gewalten von Geldsacks Gnaden, die als ihrer Heimat schlimmste Vertreter längst entlarvt sind, deutsche Vertreter wissenschaftlicher Bildung, industriellen und agrarischen Besitzes, stimmen diesem Gedanken wahnwitzigen Selbstmordes automatenhaft zu, während, nicht zu den Zuvielen zu zählen. Betrogene Krieger! Die zur Dejection jugendkräftiger Arme, zur Flucht ins Ausland ermuntern, indes die heruntergewirtschaftete Volkskraft ihrer am dringendsten bedürftig ist. Die nicht kümmern die Not der Opfer aus der Blutflut: der Witwen und Waisen, der Verkrüppelten und Kranken, Alten und Schwachen. Die nicht fragen, wer mit seiner Arbeit die Gehälter, Pensionen und Forderungen des internationalen Bankkapitals begahnt.

Ein gespensterlicher Traumspuk: Des Unheils Saat reißt nun. Unre Schnapphähne stehen dem grauenhaften Anblick der Gerechtigkeit gegenüber, die uns fremd geworden schien. Der ichtemende Luxus und des Volkes Not lassen deutsche Geldscheine vielmilliardenfach fast wertlos

im Auslande herumfliegen. Dort gewöhnt man sich, die Wurzel eigener Not im deutschen Volke zu sehen. Gebahnt und verachtet, beschimpft und bespöten, durch zieslichere Giftpropaganda als Verhörperung menschlicher Verkommenheit allen vorgeliebt, stellt man endlich, nachdem alle Industrie vernichtet, den Rest unsres Volkes unter die Frontpelle der dunkelfarbigen Söhne Afrikas. Viele, ohne Wahl, ohne Zahl, vernichten durch Rassenmischung germanische Art, deren beste Beredlungsmöglichkeit mit der

der die Menschheitsbewegung werfel als einen Kampf um den Profit und nicht um Recht: Schnapphähne! Sie sind nicht besser als die Herrschaffen mit lieberlicher Bildung und dem Gältnisphosphor der guten Erziehung, die lehrt, so viel wie möglich aus dem Volksvermögen, und wäre es nur noch Konkursmasse, für sich selbst herauszubohlen. Alles angel nach dem fetten Schinken, den man einem andern, minder Geschickten vor der Nase wegknappt, und freut sich seiner Schläue.

Daselbe Zusammengehörigkeitsgefühl, das uns vor 30 Jahren zwang, den Kampf um Verhörung der Arbeitszeit zugunsten unsrer Arbeitslosen zu führen, ist auch heute noch lebendig. Aber Schnapphähne gab es damals wie heute.

„Gebt dem Volke zunächst von Grund auf Wissen und Bildung, und ihr habt ihm alles gegeben.“ Als ob wir nicht schon an Bildung erstickten! Der schwerreiche Dr. Levi und seine Mitkommunisten sind gebildet und bewiesen dies immer auf ihre Weise. Und daher rührt ihre geistliche Gymnastik bis zur Ver . . . renkung. Ich mag nicht sagen: Verräterei oder Verrücktheit. Sie stimmen gegen das Reichsnotopfer mit andern Geldsacksvertretern, und wir fragen die Lasten, Drum weg mit der Bildung! Dafür gebe man Erziehung. Man gehe mit mir in eine Versammlung, da sehen wir gleich, wie sie steht: Diktatur des Proletariats, d. h. sinnloses Schimpfen und Toben! Dieser ehle Stumpfsinn ist nicht auf Massenzugung eingestellt, denn das sieht der Dümmler-Beute, die ohne Arbeit tipper leben als Salomo in all seiner Pracht, bauen keine neue Gesellschaft, aber als Beigewicht hemmen oder vernichten sie die Arbeit der Organisierten, die auf Planmäßigkeit eingestellt ist.

All unser Kämpfen dreht sich um Schuld, um Geben und Nehmen, um Zuviel oder Zuwenig, um materielle und geistige Schuld der Räuber und Fälscher und um ihre Diktatur. Wo Menschen unter Menschen wohnen, herrscht diktatorisch ihr Gesetz. Macht es denkend, herrscht Empörung. Gerechtigkeit und Freiheit sind selten verträglich, denn ist die erstere empfindlich, so ist die andre brutal, ziellos und endet durch Mord. Macht ist ihr Verächter und bleibt ihr Erbe, wenn sie Gerechtigkeit achtet. Denn diese allein vermag ewig zu herrschen, sie allein nur kann Gebete uns Schenken und Fortschritt und Aufstieg.

Macht und Gerechtigkeit sind nicht zu trennen. Aber nimmer ist Macht in den Händen von Wenigen, oder sie stützt sich auf die Gewalt, der Feindin des Rechtes, schmugig durch Untat und Schmach, länd den Hab, der unfruchtbar, auch die Luft und den Boden des Gartens vergiftet, aus dem Glück und Zufriedenheit flüchten. Als das furchtbarste Raubtier vernichtet der Mensch seine eigne Gattung, und solchem Raubtier gilt unser Kampf . . . Gaud doch sogar der Blick seinen Vändiger.

War jeht zu Weihnachten ringsum geschaut, mit lebenden Augen die Auslagen in den Kaufstätten betrachtet und mit nachspürenden Blicken beobachtet hat, was sich in den Tempeln des Genießens wie drinnen im stillen, wenn oft auch nicht weniger opulenten Kreise der Familie alles abspielt um diese Zeit, der hat zwei Welten gesehen.

In der andern ist er heimlich, braucht er nicht lachend und prüfend umherzublicken, sieht er nur Kontraste von andern, hört er nur Dissonanzen zur andern Welt. Was er da ringsum noch schaut, ist potenziertes Elend: dort bei den Invaliden und Kranken der Arbeit, bei den so vielen, die mit ihrer Arbeitskraft auf Erwerbgelegenheit harren; bei denen, die der entsetzliche Krieg als Opfer massenhaft ausgespielt hat.

Fort mit den Schnapphähnen! Der Gerechtigkeit das Feld bereite! Auf zum Kampf gegen die Feinde des Volkes! Zuvor aber hinaus mit den Föllnern und Pharisäern aus den Tempeln eurer Gemeinshaft!

Wiesbaden.

J. Weeg.

### Erlöser

Schrei der Seelen lobet zum Himmel auf,  
Nehzende Lippen rufen in endlose Fernen,  
Blutende Herzen stehen empor zu den Sternen —  
Und die Jahre wandern in fühllosem Lauf.

Kerzen strahlen von silberschimmernden Bäumen,  
Märchen umglänzen der Tage zerpfiffenes Kleid,  
Sonnige Gärten erblühen in seligen Träumen —  
Schlummernd wartet die Wüste der Wirklichkeit.

Deine Sinne schaukeln in goldenen Nachen  
Zu den leuchtenden Ufern uretwiger Lust,  
Lieder fülln die fröhliche, adnende Brust —  
Graue Sorge umflüstert dein kaltes Erwachn.

Nimmer wird die Erlösung im Traume dir reifen,  
Unter den Schleieren seufzet dein Weh und dein Ach.  
Was deinen Sehnsuchtsaugen, lebendig und wach,  
Wesenlos fliehet, wirst du niemals, niemals ergreifen.

Schüre die Flamme der Tat am eigenen Herde,  
Pflüge der Arbeit wunderkräftiges Land.  
All dein Leid, es wurzelt in dieser Erde,  
Alle Kraft verbirgt sich in deiner Hand.

Willst du der Zeit die hellen Gewänder spinnen,  
Bruder und Schwester, ringe zu Boden die Pein.  
Alle Erlösung, ihr müßt sie im Kampfe gewinnen:  
Retter euch selber, Schöpfer und Heiland sein.

Ernst Preerzong.

Erstgenvernichtung des deutschen Industrie proletariats für immer zu Ende ist. Das Weltgewissen schweigt, von der Flüge umschmeichelt. Das Völkherbundstheater in Genf hat das loben wieder klar gemacht.

Der Ertrag deutschen Bodens ist dem Auslande verfallen und hart drückt die Borsgahnd den Bauern. Jede Ernte, die ihm nie mehr gehört, wird ihn erinnern an seine Kainschuld, da er den Bruder aus der Werkstalt verriet und dem Hungerdof überlieferete. Den Schweinen, die er für die Ablieferungsstelle grohzieht und mit denen er lebt, neidet er das Futter. Als Strauchdieb und Schnapphahn, wie er begonnen, endet der Abel. Und Kilo, die mit ehernem Griffel die Begebenheiten der Welt aufzeichnet, berichtet: Der Staub aus der Scherbenwüste Babylons, die Ruinen Griechenlands und Roms machten umfonst. Auch Indiens Tragik aus der Neuzeit brachte nicht Befinnung den siegreichen Machthabern über Deutschland und nicht den von Kapitalgnaden abhängigen deutschen Regierenden. So verwirrt und verführt, verschuldet und verdorben endet das wohlveranlagte, in Unmündigkeit gehaltene Volk der Deutschen in Schmach. Der erste Anstoß zum Untergange des deutschen Abendlandes ist gegeben . . .

Wir kämpfen um unsre Seele. Wie mancher glaubt Sozialist, Kommunist zu sein, und ist nur krasser Egoist,

# Professor Gustav Roethe und die Buchdrucker

Als Buchdrucker kommen in diesem Falle die Gehilfen in Betracht, eigentlich nur die an der Buchherstellung Beteiligten, und die Buchbinder mit ihnen.

Professor Gustav Roethe ist für diejenigen, die diesen unangenehmen Gelehrtenpost noch nicht kennen sollten, als Berliner Unterlehrerprofessor von 61 Jahren vorzustellen: Philolog, vor einigen Jahren Rector magnificus, Verfasser einiger Werke, die es nicht zu Wehrtrau zu bringen vermochten, Mitverleger von Zeitschriften über Literatur sowie der Neuausgabe der deutschen Grammatik von S. Grimm. Roethes zweifelhafte Bedeutung ist jedoch unbestrittener als nationalitätlicher Professor, dem die Kriegspolitik zu Kopfe gestiegen ist, die nun fortgesetztes Böses in Menge gebietet gegen die neuen Verhältnisse. Dieser Herr Professor der Weltweisheit ist alles in allem einer der unangenehmsten Zeitgenossen unter dem deutschen Gelehrtenstande. Er macht recht viel und immer sehr übel von sich reden. Jetzt ist er auch auf die armen Buchdrucker und Buchbinder gekommen, hat sie des fürchterlichen Verbrechens der Unterdrückung des billigen deutschen Buches bezichtigt und bringt sie in Zusammenhang mit der zu besorgenden Vernichtung deutscher Kultur durch die Büchernot. In dem illustrierten Scherzmagazin „Tag“ vom 19. Dezember überreicht Roethe der deutschen Buchdruckergehilfenchaft sein Weihnachtsangebinde. Da er sich dafür jedenfalls hat zu bezahlen lassen, so wollen wir auch unterseits ihm darüber eine Quittung ausstellen und damit unsern Dank abstellen.

Aber „Büchertugend und Bücherno!“ schrieb Roethe im „Tag“ einen ganz verfahrenen Artikel, hat starkem Ansehen nach die Gelegenheit benutzt, um von dieser Tribüne aus seine grundreaktionäre Gesinnung in allen Variationen zu zeigen. Dazu war er der rechte Mann am rechten Platze. Gute Gedanken über die Notwendigkeit billiger Bücher sind ja auch zu finden. Seine Maliken über die Luxusbücher sind nicht übel zu nennen. Seine Einleitung aber, daß das geistige Schenken jetzt zu Weihnachten eine arge Verkümmern erfahren habe, weil „das Buch, die gesuchteste und die billigste Gabe“ hierfür, nicht mehr zu erlangen sei, könnte man als eine der fruchtbarsten Zeiterwahnungen wohl gelten lassen, wenn nicht Roethe dafür neben den Papierfabriken auch die Buchdrucker und Buchbinder verantwortlich machen und ausdrücklich die Buchhändler von einem Vorwurf ausnehmen würde. Das ist an sich ausgemachter Unsinn, aber wie ihn der Herr Professor verapilt, so wird es ein handfester Schandbal. Lassen wir Roethe selbst über, wie er sagt, die graufame Absperrung von den billigen Büchern deduzieren:

Ich mache den Buchhändlern keinen Vorwurf; bei der Höhe der Dividenden, die die Papierfabriken heute zahlen, bei den tollen Lohnansprüchen der Setzer und Drucker und Buchbinder können sie es wohl wirklich nicht billiger machen. Wohlgerichtet der Setzer, nicht der Schriftsteller: daß die Autorenhonore nennenswert gestiegen wären, ist mir nicht aufgefallen, und daß der Setzer an einem Buche mehr verdient als der Verfasser, ist wenigstens in der wissenschaftlichen Literatur das Übliche. Das entspricht ja auch den Grundtendenzen des sozialdemokratischen Staates, dem — ich habe das mit eignen Ohren aus unabhängigem Munde gehört — ein Mistkuller als Mann der „produktiven Arbeit“ verehrungswürdig, der Gelehrte aber eine unnütze Drohne ist. Köpfe kann dieser Staat ja nicht brauchen, das wissen wir längst; wenn nur wenigstens die Hände etwas fleißiger wären!

Welche Parallele: die Papierfabrikanten — buchstäbliche Großschonapphähne — und die armen Setzer, Drucker und Buchbinder, deren bescheidene Realköhne in der Jetztzeit schon fast sprichwörtlich geworden sind! Dazu die verfeinerungsunschuldigen Buchverleger und Buchhändler, die es wirklich nicht billiger machen können. Vieles Bild Roethescher Professoreneigenschaft ist einfach zum Schreien.

Sollte der Mann nur eine blasse Ahnung von den Verfeinerungspraktiken des Buchhandels, wie darüber sich seit Wochen Sorbentener und Verleger in den Saaren ge-

legen haben mit gegenseitigen Beschuldigungen, was jetzt zu einer Abspaltung des Verlegervereins vom Börsenvereine deutscher Buchhändler geführt hat. (Vorüber wir im neuen Jahre noch näheres bringen werden.) Wüßte er weiter etwas von den großen Polemiken im „Leipziger Tageblatt“ (Mai 1920) zwischen seinem Leipziger Kollegen Professor Kouben und dem Führer des deutschen Buchhandels, Dr. Meiner, dann hätte er mit gutem Gewissen die Verleger und Buchhändler nicht schuldlos erklären können, und wenn er noch mehr hier in den Tatsachen zu Hause wäre, dann erst recht nicht. Freilich, es gibt auch heutzutage noch Autorenreihenhonore; so haben die mit zwei Senalationsbüchern an die Öffentlichkeit getreten englischen Autoren Mrs. Asquith und Oberst Kington 200000 und 400000 Goldmark erhalten.

Der Setzer, Drucker und Buchbinder haben an solchen Büchern wie an den von Roethe aufgeführten sogenannten deutschen Pracht-, Luxus- oder Großwerken keinen höheren Verdienst als an den schwergehenden und jetzt leider so wenig gedruckten wissenschaftlichen Werken. Ihr Verdienst hat selbst in den Augen von Großunternehmern des Buchdruckerwerkes gar nichts Ungewöhnliches an sich. Schrieb doch Herr Otto Säuberlich, der Mitinhaber der großen Buchdruckerei Oscar Brandt & Co. in Leipzig, im „Börsenblatt“ für den deutschen Buchhandel“ am 24. August d. J.: Wenn die Herstellungskosten jetzt so hoch sind, daß die Bücher unrentabel werden, so liegt das nicht an den Buchdruckern. Weder erhalten die Buchdruckergehilfen höhere Löhne als in andern Gewerben gezahlt werden, noch geben die Buchdruckermeister unbefristete Gewinne aus ihren Betrieben. Die ungewöhnliche Verfeinerung liegt beim Papier und den sonstigen Materialien, besonders auch an den für den Einband benutzten Stoffen, die um das Zwanzig- bis Dreißigfache gestiegen sind, während die Löhne sich nur etwa um das Sieben- bis Achtfache erhöht haben.

Tatsächlich sind die Buchdruckerlöhne häufig niedriger als die Verdienste anderer Berufe, die nicht als hoch qualifiziert anzusehen sind. So wird uns jetzt aus Limbach bei Chemnitz mitgeteilt, daß die dort vorherrschenden Sandschuhmacher einen Stundenlohn von 7 Mk. haben, während ein verfeinerter Buchdrucker dort nur 4,85 Mk. bekommt. Das ist nur ein Beispiel. Für ein Ei muß aber ein wissenschaftlicher Werksetzer in Leipzig genau so 2,70 Mk. bezahlen wie ein anderer Arbeiter, der in höherem Lohne steht.

Roethe von „tollen Lohnansprüchen“ der Buchdrucker usw. fabulieren zu hören, ist also ein großes Stück professioneller Dummheit sowie Weltkenntnis und in seiner besonderen Betonung auch von Verdriss. Es ist das auch ein Gleichnis zum Kapitel der lebenden Gerechtigkeit und der „unschuldigen“ Schnappphähne. Welche Sorte von Menschen mit ideeller Unterstützung von Roethe durch solche Artikel Deutschland und sein Volk noch völlig zu Grunde richten werden.

## Beamte und Buchdrucker

Vor geraumer Zeit wurde in der „Deutschen Post“, dem Organe der unteren Postbeamten, aus Anlaß der Personalreform heftig Beschwerde darüber geführt, daß die Postverwaltungen den Aufstieg der unteren Beamten verhindern, indem sie geeignete Stelle des mittleren Dienstes den unteren Beamten vorenthalten mit der Begründung, daß die letzteren zur Verrichtung dieses Dienstes nicht fähig seien. Dies gelte, obwohl während des Krieges der gleiche Dienst von ehemaligen Dienstmädchen höherer Postbeamter und Angehörigen aller Berufsstände verrichtet worden sei; „jogar ein Buchdrucker“ sei unter den letzteren gewesen. Sogar ein Buchdrucker! —

Weil hier gerade von einem Buchdrucker die Rede ist, wurde diese Auslassung herausgegriffen aus zahllosen ähnlichen, die beweisen, daß der schon vor dem Kriege so oft bespottete Beamtenbinkel nach wie vor lüppig in die Salme schießt. So üppig, daß es selbst den eigenen Kollegen jener Herren zu arg wird.

Die Personalreform machte bekanntlich einen Teil der sogenannten gehobenen unteren Beamten zu Betriebs-

offizienten. Kaum war diese Verordnung heraus, da ergoß sich eine ungeheure Flut von Anfragen an die Briefkastenonkel der Fachorgane, welche Abzeichen bzw. welche Uniform der Betriebsoffizient zu tragen habe. Einzelne konnten die Antwort gar nicht erst abwarten; sie legten einfach die Dienstuniform an, was ihnen jedoch bald verboten wurde. In Nr. 21 der „Deutschen Postzeitung“, dem Organ des Bundes deutscher Postbetriebsoffizienten, machte ein Herr S. aus Hamburg in einem Artikel „In Kürze — demnach!“ seinem bedrängten Herzen empirisch Lust über die ungläubliche Zummelei, die das Ministerium in der Erledigung der brennenden Uniformfrage entwickelte. In einem „Beamtenfimmel“ überlieferten Gedicht in der „Bundeswart“ ergießt nun ein Herr W. Baard die ganze Schale seines ähnden Spoltes über seinen Hamburger Kollegen, indem er Minister Giesberts den Vorschlag macht, Herrn S. einen Helm mit buntem Federbusch, goldene Schärpe und Schärpe, Degel, Pferd und Sporen zu geben und, sofern die Bezeichnung „Betriebsoffizient“ Mangel an Wohlklang verraten sollte, den Titel „Postleutnant“ zu wählen. Dabei tritt ein großer Teil der Beamten für völlige Abschaffung der Uniform ein, während der andre Teil allerdings die Beibehaltung verlangt, doch sollen „entwürdigende“ Arbeiten, wie z. B. Herbeitragen von Holzmaterial, Nachlegen derselben u. dgl., keinesfalls in Uniform verrichtet werden.

Man sieht, der Ausdruck „Beamtenfimmel“ geht wirklich nicht zu weit. Bereits vor dem Kriege beherrschte dieser Fimmel die Beamtenalltag. Er paarte sich mit einer oftmals ungläublichen Annahme, die in ungläubigen unheimlichen Aufstößen zwischen ihnen und dem Publikum in den Bureaus, auf Polizeiwachen, Postämtern, Bahnhöfen usw. zum Ausdruck kam und die Kritik selbst bürgerlicher Blätter oftmals herausforderte. Die Angehörigen der Arbeiterklasse hatten am meisten unter dem anmaßenden und herausfordernden Benehmen der Beamten, unter denen es auch Ausnahmen gab, zu leiden, obgleich gerade deren Abgeordnete in den Parlamenten die Interessen der unteren Beamten mit größtem Eifer wahrnahmen. Auch die gegenwärtige Besoldungsreform, die den Beamten zweifellos weitgehende Aufbesserungen ihrer Gehälter gebracht hat, verdankt dieselben mit in erster Linie den Abgeordneten der Arbeiter. Allerdings sind die Beamten auch mit diesen Gehältern noch nicht zufrieden, was ihnen jedoch mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse nicht verübel werden kann.

Was aber unsern schärfsten Protest herausfordern muß, das ist die Art, wie die Beamten ihre weitergehenden Ansprüche begründen. Obgleich die bestmögliche Feuerung der Lebensmittel und aller notwendigen Bedürfnisse jede andre Begründung überflüssig erscheinen lassen sollte, sind es fortgesetzt die „hohen Löhne der Arbeiter“, mit denen die „gegen andre Erwerbsstufen zurückgebliebenen Beamten“ ihre Forderungen in ihren Fachorganen zu begründen suchen. „Die Arbeiter haben im Durchschnitt ein höheres Einkommen als die Beamten; erstere haben das Existenzminimum erreicht, letztere nicht“, schreibt die „Braum-schweigische Beamtenzeitung“. Man erhält aber fast den Eindruck, daß selbst die wirtschaftliche Not nur als Vorwand dient, um dem Standesdünkel zu seinem Rechte zu verhelfen, wenn man in der Technischen Zeitschrift der „Deutschen Post“ liest:

Es gibt nur ein Mittel: um zufriedene, arbeitsfrohe Beamte zu haben, muß ihr Einkommen verdoppelt werden. Man wird hier wieder sagen: „Die Beamten sind normalerweise Menschen. Sie wissen doch, daß wir arme Diener sind. Dabei solche Forderungen!“ Ja, das wissen wir. Wir wissen aber auch, daß nur wir Beamte diese Armut auskosten müssen... Wir wissen vor allen Dingen auch, daß den Arbeitern bessere Einkommen zugestanden werden... Dabei wird immer gesagt, Unterschiede zwischen höheren, mittleren und unteren Beamten müssen sein, sonst hört alles Streben auf. Ja, damit sind wir einverstanden. Wir verlangen aber, daß dann auch die Unterschiede zwischen Beamten und Arbeitern sein müssen. Aber auch so, wie zwischen den genannten Beamtenklassen, nämlich, daß dem Beamten mehr Einkommen gezahlt wird wie dem Arbeiter.“

## A Christmas Carol in Prose

(Ein Weihnachtslied in Prosa)

Vor zwanzig Jahren war's. Meine Fußwanderung durch den Balkan halte ich im Herbst vollendet: krank an Leib und Seele. In Wien suchte und fand ich Gelegenheit von meiner Malaria. Für die fälligen Krankheitsstage bekam ich von österreichischen Buchdruckerhand eine hübsche Anzahl Gulden, und damit erlind ich mir ein bekanntes englisches Unterichtswerk, das ich fleißig studierte. Hauptinhalt: „A Christmas Carol in Prose.“

Zwanzig Jahre hind es her. Und jedes Jahr las ich ein Weihnachtslied Dickens „A Christmas Carol in Prose.“ Nicht nur englisches, auch in andern Sprachen, dann in drei deutschen Übersetzungen. Das alte Lied, das alle Leid der Menschheit: Selbstlosigkeit der Besitzenden gegen den Armen; ein Blick jenseits des Grabes... Erbrechen... Erinnern... dann Bestehen auf den „Sinn des Lebens“ (Kosloff).

Zwanzig Jahre hind es her. Viele Kollegen werden während dieser Zeit nach diesem „Weihnachtslied in Prosa“ Englisch gelernt haben, noch mehr werden es deutsch gelesen haben. Aber jeder von uns wird bei der Lektüre die Empfindung gehabt haben, daß sich nichts, aber auch gar nichts geändert hat in der Auffassung der Reichen dem

Nichtbesitzenden gegenüber. Seit fünfzig Jahren, seit der Niederschrift dieses unterirdischen „Weihnachtsliedes“, hat sich selbst in England in dieser Hinsicht im wesentlichen nichts geändert, trotzdem dort jedes Jahr Hunderttausende von Exemplaren dieser Dichtung umsonst verteilt werden: Kameel und Nadelohr!

Da heißt es denn zur Selbsthilfe greifen. Können wir die Stunde! In allen Staaten gärt und kracht es. „Auf die Schiffe, ihr Philistophen“ (Nischke). Jetzt beginnt unsre Fahrt! Gelingen wir das Fest der Liebe unter uns, mit Auschluss jedes Hochmütigen.

Zuerst Verinnerlichung: „Auf Erden ward Nicht!“ (Helen). Nicht mehr Kollegialität allein, Brudersliebe im weitesten Ausmaße muß unsre Lösung sein (Böhme, Swedenborg, Tagore, Laotse). „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“ (Gebotshua von Joseph).

Dann intellektuelle Ausbildung: Sprachen, Schrift, Literatur, Kunst, Musik und — last not least — Beruf. Aber vor allem: Brüderlichkeit. Nicht als Abstrakte: Hamende, glühende Brüderlichkeit! Nicht die lauwarme Brüderlichkeit der Seiden, der Freimaurer, der Baukreuzler usw., sondern die Fraternität des Kampfes, des zu allem entschlossenen Mitstreiters.

Beihilfe, Mithilfe dem Schwachen unter uns. Feinste tägliche Beachtung und Beachtung unsres Geistes (Dostojewski, Balzac, Jacobson). Parole: Kein Arbeitsloser mehr!

Abschaffung des Vorgelesenen, wenn er mehr sein will als primus inter pares. Entwicklung des Selbstbewusstseins dem Arbeitgeber gegenüber. Ausbildung der Ordnung und Sauberkeit bis ins Feinste. Pünktlichkeit. Nächstenliebe.

Tausend Ratschläge täglich dem, „der redlich sich bemüht“ (Goethe) und vornehmster Verkehr unter uns Hochgebildeten.

Andauerndes Nachdenken darüber: Wie kann ich meinem Kollegen wieder etwas Gutes tun?

Mündliche Preisgabe der errungenen beruflichen Vorteile. Selbstkommunikatives Verhältnis von Gasse zu Gasse (vollständige Abschaffung des Samstags).

Selbsthilfe! Das allein hilft! Wenn es den Besitzenden wahrhaftig am Herzen läge, uns zu helfen, dann hätten sie längst den Weg dazu gewiesen bekommen. Man lese nur: Henry George: „Fortschritt und Armut“, und man wird erkennen, daß da nur verneinliche Wade gewinnen sind, die Klassengegensätze auszugleichen, lange vor Damaskus.

Kommt man uns nicht mehr als bisher entgegen, dann kann es leicht sein, daß wir nächstes Jahr in Deutschland hochgewillkommene Weihnachtslieder: bon gré, mal gré... —

Auch dies ist ein „Weihnachtslied — in Prosa“.

Eberfeld.

Joseph Graf.

Unter Hinweis auf die „hohen“ Löhne der Arbeiterkassell wird nun leistung der Beamtenkassell die Förderung erhoben, die Bezahlung der Gehälter unter Berücksichtigung der Vor- und Ausbildung der Beamten und des Wertes ihrer Leistungen vorzunehmen. Dieser Hinweis auf die Vor- und Ausbildung der Beamten läßt es angebracht erscheinen, den Werdegang eines Arbeiters und den eines unteren Beamten in Vergleich zu ziehen.

Stellen wir, da unser Beruf ja schon eingangs erwähnt wurde und dessen einzelne Phasen uns am besten bekannt sind, einem Beamten einen Buchdrucker gegenüber. Bereits beim Eintritt in die Lehre muß der Lehrling durch die bis dahin einzige Möglichkeit, durch ein Schulzeugnis, Nachweis über seine Fähigkeiten führen. Durch die Lehrlingsordnung wird die Frage der Eignung und Vorbildung jedoch nun schärfer betont. Selbst wenn sich der Lehrling während der Lehrzeit auf den Besuch der Fachschule beschränkt, erwachsen den Eltern aus der Unterhaltung des Lehrlings bedeutende Kosten. In den Gehaltsjahren ist der Buchdrucker schon von selbst gezwungen, weiterbildende Veranstaltungen beruflicher Korporationen zu besuchen, um im Kampfe um die Existenz nicht unter die Räder zu kommen. Darüber hinaus dringt er in seinem Bildungstreben ein in Zweige der Wissenschaft, die mit seinem Berufe entweder in keinem oder nur in indirektem Zusammenhang stehen. Er teilt dies Streben nach Erweiterung der Allgemeinbildung mit vielen Klassenangehörigen. Die diesem Zwecke dienenden Veranstaltungen — beispielsweise leistung der Freien Berliner Studentenschaft — waren vor dem Kriege von Angehörigen der verschiedensten Berufe besucht, Beamte aber waren wenige darunter.

Der Werdegang des Beamten ist im allgemeinen bekannt. Um den Eindruck der Vereinbarkeit zu vermeiden, lassen wir hierbei am besten eine kompetente Persönlichkeit, einen Beamten selbst, sprechen (A. K., Magdeburg, „Deutsche Post“: „In letzter Stunde!“). Nach diesem ist im Kampfe ein Mann, der entweder „in seinen Jugendjahren im Dienste am Arbeit und Brot zur unteren (Post-)Kaufbahn gedrängt“ wurde oder „ein zwölfjähriges einwandfreies Kalernleben“ hinter sich brachte. Weder in dem einen noch in dem anderen Fall ist eine besondere Vorbildung Voraussetzung, denn auch die Übernahme vom Militär zur Beamtenlaufbahn wurde selten von einer besonderen Vorbildung abhängig gemacht. „Schule, vierjährige Dienstzeit, Unteroffiziersrang, nicht über — Jahre, stellt ein Magistrat . . .“. So lautet mit geringen Abweichungen die Bedingungen für diese Übernahme. Wer aber den aktiven (preubischen) Unteroffizier kennen gelernt hat, weiß, daß dieser wohl eine kräftige Rekrutierung auszuweisen verstand, aber einen besonderen Bildungsgrad dokumentierte sein Rang wirklich nicht. Im Gegenteil: von den zahlreichen Kalernhochschülern, die früher unsere Wohlfrüher füllten, waren nicht wenige dem Leben abgewandelt. Und daß der untere Beamte auf seiner weiteren Kaufbahn sich eine die der Arbeiterkassell nennenswerte überragende Allgemeinbildung aneignet, womit er weitgehende Forderungen begründen könnte, dürften gerade wir Buchdrucker, denen so häufig Schriftsätze unserer Beamten in die Hände kommen, mit voller Berechtigung anweisen.

Abgesehen von einer Prüfung, deren Wert von den Beamten selbst nicht besonders hoch eingeschätzt wird und gegen die sie sich sogar noch sträuben, ist für die Beförderung eines Beamten nicht, wie dies bei den Arbeitern allgemein der Fall ist, in erster Linie ein besonderes Maß von Kenntnissen und Fertigkeiten, sondern die Zahl der Dienstjahre maßgebend. Es ist daher völlig verfehlt, wenn die Beamten die Förderung höherer Gehälter gegenüber der Arbeiterkassell mit einer besonderen Vor- und Ausbildung begründen.

Ähnlich verhält es sich mit der Bemessung des Gehalts nach dem Werte der Leistung. Wenn unter diesem Werte das für eine Tätigkeit aufzuwendende Maß an geistiger und physischer Energie zu verstehen ist, glaubt da der untere Beamte, daß der Wert seiner Leistungen heranzureichen an die Leistungen der Handwerker, daß sie — beispielsweise in geistiger und physischer Beziehung — im engeren Sinne heranzureichen an die Leistungen eines Maschinenbauers?

Abgesehen von all diesen Dingen stimmt aber auch die Behauptung der Beamten nicht, daß der Arbeiterkassell höhere Löhne gezahlt werden. Man könnte ja bei der Beweisführung die Methode anwenden, die bei solcher Gelegenheit auf der Gegenseite angewandt wurde, indem man eine schlechtbezahlte Beamtengruppe einer gutbezahlten Arbeitergruppe gegenüberstellt. Sofern sich bei den zur Zeit schwankenden Lohnverhältnissen einwandfrei ein Durchschnittslohn berechnen ließe, würde diese Berechnung zweifellos ergeben, daß der Beamte im Durchschnitt viel besser entlohnt wird als der Arbeiter. Doch würde die rein ziffernmäßige Betrachtung der Löhne wenig Wert haben. Man muß hierbei jene Momente mit in Betracht ziehen, die den Lohn bzw. das Gehalt nicht unwesentlich beeinflussen. Was weiß beispielsweise der Beamte von Arbeitsslosigkeit, die zweifellos von keiner Seite bei solchen Angaben die notwendige Berücksichtigung findet? Hiermit in Verbindung stehen die enorm hohen Gewerkschaftsbeiträge, die vorzugsweise der Erwerbslosenfürsorge dienen.

Beeinflussen diese hier nur ange deuteten Umstände den Durchschnittslohn des Arbeiters in der ungünstigsten Weise, so führen auf der Gegenseite alle die Dinge, die sich unter dem Begriffe „woherworbene Rechte“ verkörpern, das Gegenteil herbei. Um es von vornherein zu sagen: Die übergroße Mehrheit der Arbeiterkassell erkennt diese „woherworbene“ (?) Rechte der Beamten nicht an. Die Verfassung des Deutschen Reiches setzt ausdrücklich für alle Staatsbürger ohne Unterschied die gleichen Rechte und

Pflichten fest. Mit diesem obersten Grundsatze steht die Bestimmung der Verfassung, die den Beamten diese „woherworbene Rechte“ zubilligt, in Widerspruch. Sie hätte wohl auch kaum Aufnahme gefunden, wenn hierbei nicht parteipolitische Gründe eine Rolle gespielt hätten. Die Arbeiterkassell steht auf dem Standpunkte, daß die „woherworbene Rechte“ der Beamten in die bestehenden Sozialgesetze, deren weitestgehender Ausbau, u. a. durch den Einbezug der Erwerbslosenfürsorge, des obligatorischen Erholungsurlaubs für alle gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen u. dgl. vorzunehmen ist, aufzugehen haben. Diese woherworbene Rechte bilden lediglich eine Ergänzung zu dem früher unzulänglichen Gehalte der Beamten.

Dr. Hoesle, der frühere Direktor des Deutschen Beamtenbundes, hat in dieser Beziehung wohl recht, wenn er in der „Deutschen Hausfrau“ den Beamtenfrauen sagt, sie könnten das Einkommen ihrer Ehemänner nicht in Vergleich bringen mit dem Einkommen der Arbeiter; für ihren Lebensabend sei gesorgt, nicht aber für den der Arbeiterfrauen. Wenn der Beamte nunmehr gegenüber dem Arbeiter, der kein Rubelgehalt, dessen Hinterbliebene keine Witwen- und Waisengelder erhalten, ein gleiches oder gar noch höheres Gehalt verlangt, so haben die Ergänzungen zu diesem, eben die woherworbene Rechte, keine Berechtigung mehr. Auch die Bekretung der Beamten von der Gemeindefiskus wurde leinerzeit nicht geschaffen, um den Beamten damit ein Privileg zu verleihen; sie wurde lediglich eingeführt, um den Gemeinden indirekt einen Teil des Staatsbeamten zu zahlen des Gehalts auszubürden und so den Staat zu entlasten. Weder auf die bereits erwähnten Vergünstigungen, noch auf Kinderbeihilfen, Eisenbahnfahrten und die diversen weiteren Vergünstigungen einzelner Kategorien hat der Beamte Anspruch, wenn eben, wie die Verfassung sagt, allen Staatsbürgern die gleichen Rechte und Pflichten zustehen. Daß es von diesem Gesichtspunkte nicht für gerecht angesehen werden kann, wenn beispielsweise der tageweise Arbeiter in mit den übelsten Umständen geschwängelter Luft angefüllten Räumen intensiver lästige Metallarbeiten mit Ach und Krach sechs Tage Ferien genießen kann, während der untere Beamte bis vier Wochen, vielleicht auch gar noch eine Woche Nach-, Zulage- oder Demobilisierungsurloab — letzterer bis 1920! — genießt, dürfte nur der nicht begreifen, der soziales Empfinden nicht besitzt.

Der Beamte hat also wirklich kein Recht, sich fortgesetzt über eine „Besserstellung“ des Arbeiters zu beklagen. Das Gegenteil ist der Fall. Schon äußerlich macht sich die Besserstellung des Beamten bemerkbar. Man braucht nur der Feststellung, wieviel untere Beamtenfamilien im ersten und zweiten Stockwerke des Vorderhauses wohnen, wie viele ein Klavier besitzen, wie viele ihre Kinder in eine höhere Schule schicken, die entsprechenden Verhältnisse bezüglich der Arbeiter gegenüberstellen. Selbstverständlich besteht auch bei den Arbeitern der Wunsch, ihren Kindern, vorausgesetzt, daß sie entsprechende Talente verraten, nicht wahllos, eine höhere Schulbildung angedeihen zu lassen. Es bleibt aber meist bei dem Wunsche, denn der Lohn reicht meist kaum hin, um den Hunger der Kinder zu stillen.

Da nun es den Arbeiter mit Bitterkeit erfüllen, wenn Beamtenzeitungen melden, daß in irgendeinem Orte bei einer Unterhaltung der Kinder festgelegt worden sei, daß sämtliche Beamtenkinder unterernährt, sämtliche Arbeiterkinder aber überernährt gewesen seien. Wäre ein überernährtes Proletarierkind in der gegenwärtigen Zeit schon an sich ein lebenswertes Ausstellungsobjekt für ein Panoptikum, so kann man nicht annehmen, daß ein enormer Überfluß von Verstandesmangel solchen Schwindelhaftigkeiten den Weg in die untere Beamtenpresse öffnet; hier liegen andre Absichten vor.

Die Beamten würden wirklich besser tun, wenn sie sich freimachten von allem Dünkel. Wenn sie zu der Überzeugung kämen, daß sie nichts weiter sind als Proletarier, und daß sie im Kampf um ihre Existenz und die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen ausschließlich und allein an die Seite der Arbeiterkassell gehören; schon deshalb, weil die Beamtenfrage durchaus nicht gelöst ist, weil vielmehr dieses Problem unter der gegenwärtigen ökonomischen Entwicklung des Staatswesens eine Lösung finden könnte, mit der die unteren Beamten ganz und gar nicht zufrieden sein dürften.

Der eingangs erwähnte Beamte, dessen Beschränktheit sich gegen den Gedanken sträubte, daß ein Buchdrucker Beamtendienste verrichtete, hat hoffentlich ein gelundes Herz, so daß ihm kein gesundheitlicher Schaden passiert, wenn er in Nr. 109 des „Korr.“ liest: „Der frühere Buchdrucker Findner in Götting wurde zum Ministerialrat im Reichspostministerium ernannt.“ Sogar ein Buchdrucker!

-o Ma-

### □ □ □ Rundschau □ □ □

**Nachahmenswerte Beispiele.** Die Buchdruckerei Bertold Levy in Berlin gewährte ihrem gesamten Personal eine Weihnachtsbeihilfe, und zwar Verheirateten 100 Mk., Ledigen 75 Mk. und Hilfsarbeiterinnen 50 Mk. — In Pirna gewährte die Druckerei Ostermann („Pirnaer Anzeiger“) ihrem technischen Hilfspersonal eine Weihnachtsbeihilfe von je 100 Mk. — In Pforta zahlte die Buchdruckerei W. Polkberg („Pfortaer Volkszeitung“) den Familienvätern innerhalb ihres Betriebs für jedes Kind 100 Mk. als Weihnachtsbeihilfe aus. — In Dresden gewährte die Buchdruckerei und Stempelfabrik Albert Walther ihrem Personal zu Weihnachten eine Weihnachtsbeihilfe von je 125 und 100 Mk. für Verheiratete, je 75 Mk. für Ledige und Hilfsarbeiterinnen sowie je 50 Mk. für Lehrlinge. — In Danzig hat die Geschäftsleitung der polnischen Zeitung „Gazeta Gdanska“ ihrem gesamten Personal (über 40 Personen) den doppelten Wochenlohn als Weihnachtsbeihilfe ausbezahlt; es befinden sich in dieser Druckerlei neben polnischen eine erhebliche Anzahl deutscher Angestellten. — Die Vereinsdruckerei in Potsdam gewährte ihrem gesamten Personal eine ansehnliche Weihnachtsbeihilfe, und zwar den Beihilfen 240 bis 280 Mk., Hilfsarbeitern 200 Mk., Anlegern 150 Mk. und den Lehrlingen 50 Mk. — In Neumünster überreichte die Firma R. Hieronymus (Sohn Karl Wachs) jedem Beihilfen und dem ältesten Lehrling 100 Mk., den jüngeren Lehrlingen je 50 Mk. — In Berlin gewährte die Buchdruckerei M. Hennig ihrem Personal eine Weihnachtsbeihilfe in Höhe von je 50 bis 300 Mk.; anlässlich der 25-jährigen Geschäftsführung des ersten Chefs gelangte im September d. J. eine besondere Zuweisung in gleicher Höhe zur Verteilung. — In Leipzig bewilligte die Firma G. L. Prochhaus ihrem gesamten verheirateten Arbeiter eine wöchentliche Zulage von 5 Mk., den ledigen eine solche von 3 Mk. mit Wirkung ab 23. Dezember. — Die Stuttgarter Vereinsdruckerei W.-G. gewährte ihrem Personal eine wirklich schöne Beihilfe, und zwar den Verheirateten je 200 Mk., den Ledigen und dem weiblichen Personal je 100 Mk. — Die Buchdruckerei „Pfälzer Volksbote“ in Kaiserslautern gewährte ihrem verheirateten Personal eine einmalige Beihilfe von 200 Mk., den Ledigen 100 Mk. und den Lehrlingen 50 Mk.

Bezug des „Jungbuchdrucker“ betreffend. Trotz des mehrfachen Hinweises darauf, daß der „Jungbuchdrucker“ (Zeitschrift für Lehrlinge im deutschen Buchdruckgewerbe; herausgegeben vom Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker) vom 1. Januar 1921 nur noch aus schließlich durch die Post bezogen werden kann, laufen bei der Geschäftsstelle täglich Bestellungen auf direkte Zusendung ein. Bezeichnenderweise befinden sich unter den Bestellern auch Funktionäre größerer Bezirksvereine, von denen man doch erwarten müßte, daß sie den „Korr.“ nicht bloß halten, sondern auch lesen. Es sei nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß unsere Zeitschrift nur noch durch die Post zu beziehen ist, und zwar zum Preise von 2 Mk. vierteljährlich. Jeder Lehrling, der einer örtlichen Lehrlingsabteilung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker angehört und seine Beiträge regelmäßig an den zuständigen Kassierer abführt, hat Anspruch auf den unentgeltlichen Bezug des „Jungbuchdrucker“. Alle den Bezug des Lehrlingsorgans betreffenden Angelegenheiten sind mit den örtlichen Verbandsfunktionären zu regeln, die die Beiträge für die Lehrlingsabteilung einzuzahlen und verwalteten.

**Tarif für Buchdruckerangestellte.** In Leipzig ist ein Tarifvertrag für die Angestellten in Buchdruckereien zum Abschluß gekommen. Der gedruckte Tarif ist durch die Landesgeschäftsstelle des Gewerkschaftsbundes der Angestellten (GdA.) in Leipzig, Seiler Straße 10, zu beziehen. Aber die Schaffung von Sonderarbeits für die Angestellten in den Schriftgiebereien und Buchbindereien schweben noch Verhandlungen.

**Buchdrucker in öffentlichen Diensten.** In Pforta wurde Kollege Deiters als Schöffe für das Jahr 1921 ausgestellt.

**Ende des Streiks der Danziger Steindrucker.** Nach einem dreiwöchigen Streik haben die Steindrucker usw. in Danzig für Arbeiter unter 24 Jahren eine Zulage von 20 Mk. und für ältere eine solche von 25 Mk. erreicht; jedoch müssen sie zukünftig 48, statt wie bisher 47 Stunden wöchentlich arbeiten.

**Pfostenungen an Betriebsräte.** Nach einer Mitteilung des „Zentralarchivs für Politik und Wirtschaft“ (München) Nr. 113 vom 18. Dezember d. S. gelten für die Anshandlung von Postsendungen an Betriebsräte die Bestimmungen der Postordnung, wonach Sendungen, in deren Aufschrift der Empfänger nicht persönlich mit Namen bezeichnet ist, an die Person auszubändig sind, die der zuständigen Postanstalt als Empfangsberechtigte unzulässig nachgewiesen sind. Für die Betriebsräte ist der Nachweis der Empfangsberechtigung durch Vorlegung des Wahlprotokolls zu erbringen. Wie die Empfangsberechtigung nachgewiesen worden ist, muß durch einen zu den Akten zu bringenden Verhandlungsbericht festgelegt werden. Durch eine solche Verhandlungsschrift wird dem Betriebsräte zugleich die Verpflichtung auferlegt, jede Änderung seiner Zusammenfassung dem Postamt sofort mitzuteilen.

**Die neuen Postgebührensgebühren.** Am 19. November nahm bekanntlich der Reichstag (vgl. Nr. 135) einen von Vertretern aller Parteien gestellten Antrag an, der die Reichsregierung ersucht, die bisher für die Zeitung geltenden Postgebührensätze noch um ein Vierteljahr länger, also bis zum 31. März 1921, gelten zu lassen, d. h. die im letzten Sommer beschlossene Erhöhung noch einmal zu verlagern. Da der Regierungsvertreter zu diesem Antrage sich nicht äußerte, so konnte angenommen werden, daß die Reichsregierung dieser Anregung keinen Wert beilegte. Wäre bei Beratung des Antrags durch den Regierungsvertreter Widerspruch erfolgt, so hätte sich aller Wahrscheinlichkeit nach der Reichstag nicht mit einem „Erlichen“ begnügt, sondern jedenfalls einen entsprechenden definitiven Beschluß gefaßt. Nun ist jedoch das Reichskabinett wider Erwarten über diesen Beschluß einfach zur Tagesordnung übergegangen, hat den einflussreichen Wunsch des Reichstags vollständig ignoriert und den Antrag abgelehnt. Es bleibt demnach dabei, daß der neue Postgebührensatz am 1. Januar 1921 in Kraft tritt, wonach u. a. die Post zukünftig unter Vorfall des Postgebührens für den Bezahler die ganze Gebühr vom Zeit-



# Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 20 Pfennig das Exemplar. Der Betrag ist bei Bestellung gleich mitzuliefern.

Beilage zu Nr. 148. — Leipzig, den 25. Dezember 1920

Reaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

## Rechtzeitige Bezugserneuerung des „Korr.“

zum Quartalswechsel ist Voraussetzung für ungestörte Zustellung. Da Bestellgebühr ab 1. Januar in Fortfall, Bezugspreis nur 1,50 Mk.

## Zur Tarisdurchführung

Obwohl die Tarifparteien in ihrer Majorität sich für Annahme des neuen Deutschen Buchdruckerarbeitstarifs entschieden haben, fehlt es nicht an Protesten, Einwendungen und Wünschen, die zu den einzelnen Bestimmungen des Tarifs geltend gemacht werden. Prinzipiell wird in einzelnen Tarifkreisen, zum Teil geschlossen, gegen die Durchführung des Tarifs für Hilfsarbeiter, gegen die Einführung der 15 km-Grenze bei Festlegung der Lokalaufschläge, gegen die Beibringungsstaffel, gegen die Ferienbestimmung, gegen die Befestigung der Druckmaschinen usw. protestiert, zum Teil wird auch noch die besondere Stellungnahme und Beschlussfassung zu diesen Teilen des Tarifs seitens einzelner Kreisämter angekündigt. Daß die Kreisämter nicht befugt sind, Beschlüsse solcher Art zu fassen, sei nur nebenbei bemerkt. Es ist deshalb auch mit deren Annahme bestimmt nicht zu rechnen.

Die Unzufriedenheit mit einzelnen, wenn auch wesentlichen Bestimmungen des Tarifs, wird bei Einführung des neuen Tarifs mit in den Kauf genommen werden müssen; auch wird darauf aufmerksam gemacht werden müssen, daß auch auf Gehilfenseite, wie sich dies ja aus dem Resultat der Abstimmung ergibt, ein Mangel an Unzufriedenheit ebenfalls nicht besteht. Beide Parteien werden deshalb bestrift sein müssen, die Durchführung der neuen Tarifbestimmungen in verständiger Weise herbeizuführen.

Um diese Verständigung zu fördern und den vorhandenen Anmut über einzelne Bestimmungen des Tarifs zu beseitigen, möchte ich mich zunächst zu den vorliegenden Protesten äußern. Ganz abgesehen davon, daß an der Gültigkeit und Verbindlichkeit des gesamten Tarifs nach dem vorliegenden Resultat der Abstimmung seitens der Parteien nicht mehr gerüttelt werden kann, muß in besonderen darauf aufmerksam gemacht werden, daß es ebenso selbstverständlich unmöglich ist, den Tarif nur unter Ausschluss bestimmter Teile befolgen zu wollen.

Nun glaubt man auf Prinzipialseite hervorheben zu müssen, daß z. B. der Tarif für Hilfsarbeiter für die Mitglieder der Tarifgemeinschaft überhaupt nicht verbindlich sei, sondern daß dies nur zutrefte für den Deutschen Buchdruckerverein. Das ist ein Irrtum! Der Entwurf für diesen Tarif ist allerdings zwischen dem Deutschen Buchdruckerverein und der Organisation der Hilfsarbeiter aufeinander gekommen, aber die Beratung und Beschlussfassung über diesen Tarif ist durch den Tarifauschuss der Deutschen Buchdrucker erfolgt, und zwar zu dem ausgesprochenen Zwecke, diesen Tarif als Reichstarif für das Buchdruckgewerbe verbindlich zu machen. Der Tarifauschuss hat mit diesem Beschlusse lediglich das verwirklicht, was er bereits in seiner Sitzung vom 17. Februar 1919 für unbedingt erforderlich anerkannt hat, nämlich die Einbeziehung der Buchdruckerhilfsarbeiter in den Deutschen Buchdruckerarbeitstarif.

Die eingelaufenen Proteste beweisen nach meinem Dafürhalten nicht, daß die Durchführung dieses Teiles des Deutschen Buchdruckerarbeitstarifs nicht möglich ist. Bemängelt wird insbesondere die Höhe des Lohnes; zum Beweise dafür wird hingewiesen auf die dergleichen gezahlten Löhne und auf die Lohnsummen, die nach dem Reichstarif zu zahlen sind. Man meint, daß zwischen diesen beiden Summen eine Differenz bestehe, die nicht auszugleichen wäre. Solche Einwendungen kann man natürlich nicht mit einer Handbewegung aus der Welt schaffen, sondern sie müssen nachgeprüft und eventuell auch berücksichtigt werden. In der Tat ist diese Spannung in einer ganzen Reihe von Orten, auf dem sogenannten Lande wohl überhaupt, aber auch in einzelnen namhaften Druckstädten zum Teil eine ganz außerordentliche, kaum glaubliche. Es kann auch von Tarifs wegen nicht verlangt und erwartet werden, daß nun mit einem Schlag an Stelle der zum Leben bestimmten nicht ausreichenden Lohnsätze auf einmal Löhne treten, die nach der bisherigen Verpflegung als ungewöhnlich hohe angesehen werden müssen. Gegenüber solchen Zuständen kann eben nur ein verständiger und allmählicher Hineinwachsen in die tarifliche Lohnsätze das Wort geredet werden, und das Tarifamt wird hierbei

und zur Verständigung zwischen den Parteien bestimmt beihilflich sein.

Es liegt also kein Anlaß vor, vor dieser Neuordnung der Lohnverhältnisse der Hilfsarbeiter zurückzublicken und deshalb die Unerfüllbarkeit dieses Teiles des Tarifs anzuhängen. Der Tarif muß auch in diesem Teile durchgeführt werden, und er läßt sich durchführen, wenn dies in verständiger und loyaler Weise seitens der Tarifparteien geschieht.

In zweiter Linie ist es die 15-km-Grenze bei den Lokalaufschlägen. Kein Zweifel besteht darüber, daß die Durchführung dieses Beschlusses nicht so einfach ist, wie er sich auf dem Papier ausnimmt. Tatsache ist vielmehr, daß dieser Beschluss eine umfassende Änderung in den Lokalaufschlägen einer ganzen Reihe von Orten im Gefolge hat. Das wird zum größten Teil seine Berechtigung haben, und doch werden auch hierbei Härten und Unmöglichkeiten zu vermeiden und nur nach und nach zu überwinden sein; daß solche durch die 15-km-Grenze geschaffen worden sind, ist nicht zu bestreiten. In eine Prüfung solcher besonderer Verhältnisse einzutreten, wird in erster Linie Sache der Kreisvertreter sein, an die sich die Parteien auch zunächst zu wenden hätten.

Die Verminderung der zulässigen Beibringungsstaffel ist ein weiterer Angriffspunkt im Tarif. Es kann doch aber nicht bestritten werden, daß diese Tarifänderung vonnöten war und insbesondere solchen Druckereien gegenüber, die tatsächlich mehr oder weniger nur auf Kosten der Beibringer ihre Betriebe aufrechterhalten haben, den Beibringer bei zum Teil nicht annähernd ausreichender Ausbildung nach Beendigung seiner Lehrzeit sofort entlassen, nur um wieder Platz für einen neuen Beibringer zu bekommen. Die Unterbringung dieser Arbeitskräfte blieb dann eine ewige Sorge der Arbeitsnachweise und des Tarifamts. Die neue Beibringungsstaffel ist zur Zeit eine angemessene; die Erfahrung mit derselben wird lehren, ob man an ihr auf die Dauer wird festhalten können. Jedenfalls hat das Tarifamt gegenüber bisher eingelaufenen Protesten beschlossen, daß von Ostern 1921 die Einstufung der Beibringer nach der neuen Staffel zu erfolgen hat, und daß nur in ganz besonders gelagerten Fällen und nach Anhörung der Kreisvertreter das Tarifamt zur Gewährung von Ausnahmen sich bereit erklären wird.

Aber die Anzahl der Ferientage noch ein Wort zu verlieren, ist zwecklos. Die Vertreter beider Parteien haben um ihre dabei vertretene, ganz voneinander abweichende Auffassung Stunden- und Tagelohn im Tarifauschuss miteinander gerungen, und es sollten auch die Protestler anerkennen, daß, wo zwei Parteien sich an einen Verhandlungstisch setzen, keine derselben mit Erfüllung ihrer vollen Wünsche zu rechnen hat. Auch die Gehilfenchaft ist mit dem von ihr Erungenen nicht zufrieden, und auch sie hätte vielleicht in demselben Maße Ursache, dieser Unzufriedenheit entsprechenden Ausdruck zu geben. An der Gültigkeit auch dieses Teiles des Tarifs wird dadurch aber nichts geändert.

Schließlich möchte ich noch die Einwendungen behandeln, die zu dem § 71 des Tarifs erhoben werden. Daß der Drucker in der Regel nicht mehr als eine Schnellpresse oder zwei Ziegel bedienen soll, ist eine Bestimmung, die für unsere Tarifgemeinschaft neu ist, die aber in Buchdruckerarbeitsarbeits anderer Länder längst Aufnahme gefunden hat. Was dort möglich ist, kann für uns nicht unerfüllbar sein. Diese Bestimmung stellt den Grundlag auf, daß ein Drucker „in der Regel“ nur eine Schnellpresse oder zwei Ziegel bedienen soll; das besagt doch, daß in Ausnahmefällen von dieser Regel abgesehen werden darf. Der Tarifauschuss hat in sehr eingehender Aussprache über diese tarifliche Vorschrift auch keinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß unter dieser Bestimmung die Wirtschaftlichkeit namentlich der kleinen Betriebe nicht zu schaden kommen soll, und es wird die Auslegung dieser Bestimmung im Streitfall seitens der Tariforgane ganz bestimmt nach dem Grundsatze von Treu und Glauben und nach dem, was in den einzelnen Betrieben durchzuführen möglich ist, erfolgen. Auch bin ich überzeugt davon, daß die Drucker im allgemeinen auf Grund dieser Vorschrift nichts Unmögliches erwarten und verlangen werden, daß Rücksicht genommen werden wird und muß auf die Art der Druckarbeiten, die Auflage u. dgl. m. In Streitfällen sollen außerdem die Schlichtungsinstanzen entscheiden, und es darf in diese das Vertrauen gesetzt werden, daß sie diese tarifliche Bestimmung wie jede andre nicht nur nach dem Buchstaben, sondern vor allem nach dem Sinn und nach dem Willen des tariflichen Gesetzgebers auslegen werden.

Es liegt nach meiner Überzeugung deshalb für keine der Tarifparteien ein wichtiger Grund vor, um gegen den Tarif oder einzelne Teile desselben zu protestieren, oder sich etwa gar außerhalb der Tarifgemeinschaft mit den damit verbundenen unvermeidlichen Folgen zu stellen; vielmehr sollte man über die Beanstandung einzelner Teile des Tarifs das Zweckmäßige einer allgemeinen geltenden tariflichen Ordnung nicht aus dem Auge lassen, auf die trotz aller ihr anhaftenden Schwächen unser Gewerbe angewiesen ist, wenn es mit demselben aufwärts und nicht rückwärts gehen soll.

Zur Aufklärung dürfte noch dienen, daß nach einer kürzlich vom Finanzministerium eingeholten Auskunft die Fertigstellung der Ortsliste für das Reichsbeibringungsgebot und die Zustellung derselben an den Reichstag nicht früher zu erwarten ist als etwa zu Ende des ersten Viertels des kommenden Jahres. Die von derselben Stelle im Oktober dem Tarifamt gegebene Auskunft, nach der mit der Fertigstellung der Ortsliste bereits im November d. J. zu rechnen gewesen wäre, hat sich demnach als nicht zutreffend erwiesen. Der Tarifauschuss kann deshalb zur Neuordnung der Lokalaufschläge erst wesentlich später zusammenzutreten, als in Aussicht genommen worden war. Bis dahin dürften die Unebenheiten und Widerstände, die der Durchführung des Tarifs zur Zeit anscheinend im Wege stehen, hoffentlich überwunden sein, so daß der Tarifauschuss dann auch mit Ruhe und unter voller Würdigung der tatsächlichen Verhältnisse an die Erfüllung dieser neuen schwierigen Aufgabe wird herantreten können. Berlin. Paul Schliebs.

## Hauptversammlung des Buchdrucker-vereins der freien Stadt Danzig

Gegen unsern Willen und entgegen dem Grundprinzip des sogenannten Friedensvertrags von Versailles: „Das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu wahren“, hat der Machtwille der Entente uns von unserm deutschen Vaterlande losgerissen und aus Danzig anstatt eines Freistaates einen rüchigen Wechselbald geschaffen. Trotzdem erst vor kurzem die wochenlangen Verhandlungen in Paris und Genf über das Geschick Danzigs beendet wurden, steht die Freiheit Danzigs noch immer auf sehr schwachen Füßen, denn Polen legt beharrlich alle Sebel in Bewegung, entgegen dem Wortlaute des Friedensvertrags und den Beschlüssen des Völkerbundes in Danzig eine militärische Operationsbasis zu erlangen. Sollte dieses gelingen, dann dürfte die Freiheit Danzigs tatsächlich nur auf dem Papier stehen.

Nun machte sich infolge der Konstitutionierung Danzigs zum Freistaate die Bildung einer Regierung bzw. eines Senats notwendig. In Anbetracht der Stellungnahme des bürgerlichen Blocks zu der Frage des Volksrats, wonach die bisherige Verfassungsgebende Versammlung entgegen dem entscheidenden Verlangen der sozialistischen Parteien nach Neuwahlen einfach zum Volksrat mit Gültigkeitsdauer bis zum 31. Dezember 1923 erklärt wurde, machte es den Arbeitervertretern im Parlament zur Unmöglichkeit, sich an der Bildung der Regierung zu beteiligen. So kam eine rein bürgerliche Regierung zustande, die sich wiederum zum allergrößten Teil aus Angehörigen der deutschnationalen Partei zusammensetzt, ein — man könnte beinahe sagen — rechtsgerichteter Diktatorat. Wie es da in Zukunft unter der konterrevolutionären Regierung mit der Erfüllung bzw. Wahrnehmung berechtigter Wünsche der Forderungen der Arbeiter im Freistaate Danzig bestellt sein wird, darüber gibt sich hier wohl niemand einer Täuschung hin. Und selbst in bürgerlichen Kreisen ist man über diese Regierungsbildung durchaus nicht so einträchtig. Schreibt doch ein angesehenes Demokrat in der „Danziger Zeitung“, „daß Danzig von der augenblicklichen Mehrheit im Parlament durch diese Senatswahl einem Experiment entgegengeführt wird, das in dieser schweren Zeit doppelte Gefahren mit sich bringt“.

Unter diesem wenig verhelfungsvollen Ausfakt für die Zukunft fand die erste ordentliche Hauptversammlung des Buchdruckervereins der Freien Stadt Danzig statt. Fünfzig Sabre raffolter, unermüdlicher, aber auch erfolgskräftiger Arbeit lud für den Gau Westpreußen vorüber, aber anstatt diesen Abschluß des ersten Halbjahrhundert durch die Freier eines goldenen Jubiläums festlich zu begehen, war es den Danziger Kollegen vorbehalten, für den alten, ihnen allen liebgewordenen Gau eine Begrüßungsfeier zu veranstalten. Ja, der Gau Westpreußen ist begraben und an seiner Stelle wurde am Sonntag, dem 5. Dezember, ein neues Gebilde aus der Taufe gehoben, der Buchdruckerverein Danzig, für dessen Gedeihen alle Kräfte eingesetzt und in aller, so oft erprobter Weise weitergearbeitet werden soll. Um 9<sup>1/2</sup> Uhr eröffnete Kollege Süßner die Versammlung und gab einen kurzen Rückblick über die Geschichte unseres Gaus und über die während seines Bestehens geleistete Arbeit. Mit warmen, anerkennenden Worten gedachte er der raffolien

Sätigkeit der Kollegen Nagroski und David, die während 18 langen Jahren keine Mühe und Arbeit gekostet haben, die Interessen der Mitglieder des Gaus wahrzunehmen, und die es während ihrer Amtsdauer verstanden haben, den Gau zu schöner Blüte zu bringen. Sodann folgte er dem Kollegen Hesse im Namen der Mitglieder Dank für seine mehr als 20jährige Sätigkeit als Gauvorstandsmitglied. Kollege Radtke gab einen kurzen Überblick über die Verbandsarbeit innerhalb des Urvereins Danzig und verließ der Hoffnung Ausdruck, daß auch fernerhin in demselben Sinne gearbeitet werden würde. Nun wurde zur Erledigung der Tagesordnung geschritten. Die neue Geschäftsordnung wurde ohne Widerspruch angenommen und die Verlammlung somit auch dementsprechend geleitet.

Darauf trat man in die Beratung der vom Gau- und Ortsvorstand in drei Sitzungen ausgearbeiteten Satzungen ein, die schon 14 Tage vorher allen Mitgliedern in Spaltenabzügen zugegangen waren. Abänderungsanträge waren bis zum Beginne der Verlammlung nicht gestellt, und so kam man nach verhältnismäßig kurzer Debatte, die nur wenige unwesentliche Änderungen zeitigte, zur Gesamtabstimmung, die einstimmige Annahme des Satzungsentwurfs ergab. Aus den neuen Satzungen besonders hervorzuheben wäre die Schaffung einer auf breiterer Basis beruhenden Verbandsvertrauensmännerorganisation, die Einführung einer neuen Unterfütterung, wonach bei Arbeitslosigkeit ein Zuschuß von wöchentlich 5 Mk. zur Selbstverpflegung in der Ortskrankenkasse gezahlt werden soll, und die Einführung des „Korr.“-Obligatoriums für alle Mitglieder. Ferner soll allen reisenden Mitgliedern des Verbandes bzw. den mit dem Verband in Gegenseitigkeit stehenden Verbänden von der Zahlstelle Danzig eine Unterfütterung von 15 Mk. gezahlt werden. Wird Verpflegung und Logis gewährt, so werden die Ausgaben in obigen Betrag eingerechnet. Die „Fuhm“-Kasse (Fonds zur Unterfütterung von Hinterbliebenen verstorbenen Mitglieder) bleibt weiter bestehen. Ihr können auch alle aus dem bisherigen Gau Westpreußen ausgeschiedene — also auch die in Pommerellen konditionierenden — Kollegen weiterhin als Mitglied angehören, solange sie ihren Verpflichtungen der Kasse gegenüber nachkommen. Der Gesamtverbandsbeitrag beträgt für Danzig, Oliva und Zoppot 6 Mk., für Liegnitz und Neudick 5 Mk. Für die Wahl zu Vorstandsmitgliedern wurden 14 Kollegen vorgeschlagen. Bei der am 13. Dezember durch Abstimmlung notwendigen Wahl einfließen von 310 abgegebenen gültigen Stimmen auf die Kollegen Artur Hübler (1. Vorsitzender) 277, Emil Radtke (2. Vorsitzender) 224, Robert Bulla (Verwalter) 225, B. Szymanski (Schriftführer) 221, Karl Schottke (Beisitzer) 242, Walter Schibbe (Beisitzer) 179, Rudolf Stepha (Beisitzer) 149 Stimmen.

Für die am Ort wegen Lohnforderungen im Streik stehenden Lithographen und Steindruckere wurden aus der Ortsvereinskasse 500 Mk. bewilligt, außerdem sollen in den einzelnen Druckereien Sammellisten zur freiwilligen Zeichnung herumgehen.

Die Anfrage eines Kollegen, wie weit die Arbeiten der Tarifkommission gediehen seien, wurde vom Kollegen Hübler dahingehend beantwortet, daß in aller nächster Zeit die erste, vorerst noch unverbindliche Sitzung mit den Prinzipalen stattfinden soll, in der über die Frage einer neu zu gründenden Arbeitsgemeinschaft für den Freistaat beraten werden wird.

Ein von mehreren Kollegen im Laufe der Verlammlung eingereicher Antrag, wonach für jede vom 29. November bis 31. Dezember gemachte Abersunde eine bzw. zwei Mark an die Vereinskasse abzuführen sind, um den arbeitslosen Kollegen eine Weihnachtsspende machen zu können, wurde geschäftsordnungsgemäß zur nächsten Verlammlung zurückgestellt. Der Antrag dürfte aber bis dahin seine Erledigung gefunden haben, da wir voraussichtlich Weihnachten keine Arbeitslosen haben werden. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten, die eine kurze Debatte zeitigten, war die Tagesordnung erledigt.

Kollege Hübler gab zum Schluß seinem Bedauern Ausdruck, daß zu dieser ersten und so außerordentlich wichtigen Hauptverlammlung nicht alle Kollegen erschienen waren (von über 350 Mitgliedern waren nur etwa 150 anwesend). Er stellte fest, daß tüchtige Arbeit geleistet worden sei und schloß mit dem Wunsche, daß für die Zukunft jeder einzelne Kollege seine ganze Kraft einbringen möge zum Wohle des Gaus. Nur wenn von jedem Kollegen erprießliche Arbeit geleistet werde, könne auf Erfolge gerechnet werden.

## Nochmals: Gewerkschaften und Schwerhörige

Endlich hat ein Kollege H. B. (Berlin) in Nr. 143 des „Korr.“ für uns Schwerhörige eine Lanze gebrochen, indem er uns eines besonderen Schutzes empfahl. Ich kann das vom Kollegen H. B. für uns Schwerhörige in seinem Artikel Gefagte voll und ganz anerkennen. Ist es doch heute für einen Schwerhörigen kein leichtes, im Verkehr mit seinen Mitmenschen durchzukommen. Zumal, wenn das Leid ein chronisches ist, so wird es mit zunehmendem Alter und infolge Unterernährung eher schlechter als besser.

Da bisher von den Gewerkschaften für uns Schwerhörige noch wenig getan worden ist und wir eines besonderen Schutzes bedürfen, so wäre es im Interesse aller Schwerhörigen nur zu wünschen, daß die Anträge des Kollegen H. B. (Berlin) volle Beachtung fänden von Seiten der Gewerkschaften. Auch ich als langjähriger Schwerhöriger hatte bei einer bekannten Leipziger Firma

14 Jahre lang eine Stelle als Seher inne und mußte während des Krieges, da militäruntauglich, bei der Firma mit den weiblichen Hilfskräften mit „Durchhalten“ helfen. Zu Ende des Krieges, als der alte Sturm zurückkehrte, wurde mir von der Firma bedeutet, daß nun das Arbeitsverhältnis für mich aufgelöst, selbst wenn ich noch so lange bei ihr beschäftigt wäre. Der Wohr konnte also gehen. Das Tarifratsgericht nahm dazu Stellung, aber die Firma bekam recht, konnte mich entlassen, trotzdem ich so viele Jahre bei ihr war.

Ich glaube hiermit im Sinne aller Schwerhörigen zu sprechen, da wir eines besonderen Schutzes bedürfen. So sei hiermit doch allen Leidensgenossen gesagt, daß unser Bundesdruckerverband auch für uns Schwerhörige der beste Hort und Schutz in allen Lebenslagen gewesen ist.

Leipzig.

G. S.

## Die Verbandssteuern

Obwohl in Nr. 100 des „Korr.“ und später noch von einem andern Kollegen in erfreulicher Weise eine Lanze für die Invaliden eingeklagt wurde und in Nr. 143 das auch von andern Kollegen sowie von der Redaktion geschieht ist, scheint die „Invalidentaxe“ im Zusammenhang mit der Beitragsleistung doch ein Noli me tangere zu sein, weil sie die Taschen eines jeden Kollegen berührt. Da ist es angebracht, einmal klipp und klar auszusprechen, daß die Erhöhung der Beiträge mit den Steuererhöhungen nicht Schritt gehalten, sondern ins Hintertreffen geraten ist. Da der jetzige Beitrag von 4,50 Mk. wöchentlich nur 2/3 Proz. des Lohnes beträgt, während wir bereits in Friedenszeiten rund 5 Proz. (1,50 Mark) bei rund 30 Mk. Wochenlohn als Verbandsbeitrag zu leisten hatten.

Sollte man annähernd diesen Prozentsatz (vielleicht mit vier) beibehalten, was doch sehr naheliegend war, würden wir heute mit einem Beitrage von 7 bis 8 Mk. pro Woche allen künftigen Finanzschwierigkeiten mit Ruhe entgegenstehen und eine dem gekündigten Geldwert entsprechende Unterfütterung der Invaliden und Arbeitslosen ohne Besorgnis vornehmen können. Warum eigentlich nur die Klasse der Invaliden und Arbeitslosen auf die Dauer den Sündenbock für all das unverschuldete Geld abgeben sollen, ist nicht verständlich, und das muß immer wieder betont werden. Oder haben die Invaliden und Arbeitslosen kein Recht auf Steuererhöhung? (Der Artikelredakteur hat es sehr notwendig, das jetzt zum Verband gekommene Nürnberger Generalversammlungsprotokoll über die von ihm behandelte Materie genau zu lesen. Das ist für diesen Artikel wohl in Betracht zu ziehen. Red.)

Wir haben infolge der Steuerung in den Großstädten den Fageloh auf etwa 45 Mk. erhöhen lassen, während ein Invalide durchschnittlich mit demselben Betrage läge (schreibe einen ganzen Molat Geist und Körper in Balance halten soll. Hier heißt es jetzt: „Idealisten an die Front!“) Ob nun ein vollbeschäftigter Kollege anstatt des jetzigen Beitrag von 7 bis 8 Mk. zu referieren hat bei 200 Mk. netto Wochenlohn, hat bei dem Stand unsrer Valuta nicht den geringsten Einfluß oder Nachteil für seine Familienverhältnisse. Es ist das nur eine Einbildung. Sinegen ist es nicht abzuleugnen, daß mit der prozentualen Erhebung der Beiträge analog der Friedenszeit eine Stärkung unsrer Finanzen um wöchentlich 120000 bis 130000 Mk. eintreten würde, die eine angemessene Besserstellung unsrer Invaliden und Arbeitslosen ermöglicht.

Man muß dringend wünschen, daß unsre Finanztechniker einen andern Standpunkt als den bisherigen einnehmen möchten. Denn daß der Beitrag nicht prozentual in derselben Höhe beibehalten wurde, ist wohl nur einem „Verlehen“ zuzuschreiben. Da wir auch ferner mit Verfeinerungen statt mit Abbau zu rechnen haben, pocht die Not immer heftiger an die Türen der Invaliden und Arbeitslosen. Man veranstaltet Hilfsaktionen, freiwillige Sammlungen, gründet Druckereikassen, um helfen einzugreifen, obwohl diese Maßnahmen nur vorübergehend, aber keine dauernde Hilfe bringen können. Bedauerlich bleibt es aber, daß es noch Kollegen gibt, die nicht so viel menschliches Mitleiden besitzen, um sich an solchen Aktionen zu beteiligen, sondern die erst durch eine „Verordnung“ von oben herab in die Rippen gestoßen werden müssen.

Angesichts unsrer parlamentarischen Konstellation und der Zersplitterung der Arbeiter und politischen Parteien in USV, rechts, links, halbrechts, halblinks usw. auf eine absehbare Zeit dieses Problem gelöst zu werden, ist nicht anzunehmen. Man muß sogar vermuten, daß der „Volksstaat“, wie schon öfter, auch hier wieder erst auf die Initiative der Arbeiter wartet, um sich erst dann genötigt zu sehen, um sich auch „im Prinzip“ für die Sache zu erklären.

Darmstadt.

A. Sl.

## Die öffentlichen Steuern

(Ein Wort an alle Kollegen)

Ein Gebiet, das alle Kreise jetzt beschäftigt, sind die Steuern. Jede Woche wird man daran erinnert, indem von dem verdienten Lohne nach dem Gesetz 10 Proz. abgezogen werden. Mit dieser Regelung gäbe man sich noch aufreden, wenn damit die Steuern erledigt wären. Aber man braucht bloß einmal weiter zu denken und sich den Betrag ausrechnen, den man am Schluß des Steuerjahres noch nachzahlen soll! Da überläuft einem ein Grauen und man hält es kaum für möglich, bis dann eines schönen Tags schwärz auf weiß der Steuerzettel mit der Bedingung: „zahlbar binnen drei Wochen“, vor einem

steht. Dann heißt es bezahlen, aber auch: Woher nehmen und nicht kochen? Ist doch der Verdienst, den man jetzt hat, nicht im geringsten ausreichend, und noch mehr als früher ist es das Leid der schaffenden Klasse, aus der Hand in den Mund zu leben.

Den nachzuzahlenden Betrag woher nehmen? Und woher noch den Betrag, den die Stadt, Straße usw. von dem steuerfreien Einkommen abheben wollen? Es soll (?) und kann (?) bei der Erhebung der Steuern der unferen Klasse die Notlage usw. mit Berücksichtigung werden, aber wenn man sich darauf verlassen wollte, dann wäre man verlassen. Nach dem Gesetze kann und wird auch die rückständige Summe vom Lohne gepfändet, und dann kann man ja leben, wie man mit dem übrigbleibenden Lohn auszukommen vermag. Der Hungerriemen müßte enger und enger gezogen werden. Ein verzagender Mensch würde vielleicht keinen andern Weg finden, als sich an dem nächsten Baum aufhängen, damit so die Sorgen zu Ende sind.

Ist es denn gar nicht möglich, daß die Steuerungerechtigkeit abgeändert wird? Ja, es wird und muß geschehen! Immer und immer wieder beschweren wir uns den Kopf mit der Frage, ob Moskau, London oder sonst ein Ort der Weg zu unserm Heile wird. Nein, in uns steckt es, und da ist es das erste, daß wir Schaffenden alle einzeln und uns auf unsre eigene Kraft bestimmen. „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will.“ Warum soll sich der Arbeiter nicht wehren, wenn es wahrlich über seine Kräfte geht, was aus ihm herausgezogen wird? Wievielummer, Not und Sorgen herrschen jetzt bloß in den Familien der Arbeiter, weil die „hohen Löhne“ nicht ausreichen zum nackten Leben! Bei größter Einschränkung bleiben wöchentlich vielleicht einige Mark übrig, aber dann kommt eine Ausgabe, die sein muß, und da ist das mühsam Erpäre wie die Spreu im Winde verfliegen. An ein Erneuern der Kleidung des schaffenden Arbeiters ist überhaupt nicht zu denken. Stundenlang werden die Sachen ausgebellert, und hat man sie am Leibe, dann kann man gleich auf neue Löcher in der Kleidung warten. Man lumpt eben herunter, bis man zuletzt selbst ein Lump ist.

All dies drückt einen so nieder, daß eine frohe Stimmung überhaupt nicht mehr aufkommen kann. Was ist dem Arbeiter heutzutage Weihnachten? Sumal, wenn man auf die andre Seite der Menschheit sein Augenmerk lenkt. Sie arbeiten und schaffen nicht viel und leben doch viel, viel anders. Keine Nahrungsnot, keine Kleidernot und immer noch viel zum Auf und ab dem Luxusautos kaum ohne Lebensgefahr auf die Straße begeben kann.

Schaffender Mann, denke an dich! Es gilt, sich zu wehren. Wie ist das aber möglich? Es muß überall und immer bei den Zusammenkünften der Arbeiter gefordert werden, daß die Nachzahlung der Steuer bei dem jetzigen Lohne, der gar kein Lohn ist, von einem schaffenden Arbeiter nicht verlangt werden kann und darf. Die Arbeiter in ihrer Gesamtheit müssen sich einig sein, daß es in dieser Frage keinen Unterschied zwischen den Parteien der Arbeiter gibt. Unre Kollegen und Vertreter in den höheren Stellen, unsre Volksvertreter und unsre Minister aus unsern eignen Reihen müssen immer und immer wieder gemahnt werden, ihre Kraft einzusetzen, daß das Steuergesetz für den Arbeiter gemildert wird. Etwa so, daß von dem Lohne wie bisher 10 Proz. abgezogen werden und daß die Steuer für den Arbeiter damit erledigt ist.

Unre Vertreter müssen dafür eintreten! Sie sind doch unre Vertreter — oder nennen sie sich bloß so? Meinen sie es ehrlich mit uns, dann müssen sie auch unsre Sache vertreten, so vertreten, daß unser Los wenigstens etwas gemildert wird!

Dresden.

Ripani.

## Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund

### Zehnte Ausschubstung

Vom 15. bis 18. Dezember fand im „Gewerkschaftshaus“ zu Berlin eine bedeutende Ausschubstung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete Vorsitzender Braßmann dem verstorbenen langjährigen Redakteur des „Zimmerer“ Bringmann ehrende Gedächtnisworte.

Im Auftrage der von der vorigen Sitzung eingeleiteten Studienkommission zur Untersuchung der Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. berichtete Dikmann (Metallarbeiter) und machte im Namen der Studienkommission bestimmte Vorschläge zur Beschickung der Akademie durch Gewerkschaftler. Allerdings könne dies nicht in dem hohen Maße geschehen, wie von der Verwaltung der Akademie vorgeschlagen worden ist; immerhin müsse aber doch etwas geschehen, um mehr volkswirtschaftliche Kenntnisse in die Massen zu tragen. Im Anschlusse daran erörterte Woldt vom preussischen Justizministerium einen Plan, in kurzfristigen Kursen die aller notwendigsten volkswirtschaftlichen Kenntnisse in kürzerer Zeit den Massen zu übermitteln. In der darauf folgenden Aussprache kam hauptsächlich zum Ausdruck, daß beide Pläne nebeneinander hergehen können und schließlich einige der Ausschubstung sich auf folgende, von Siebel (Angefallenenverband) eingebrachte Resolution:

Der Bundesauschubstung stellt der Gründung einer Akademie der Arbeit grundsätzlich wohlwollend gegenüber und ermächtigt die Kommission, an den weiteren Verhandlungen sich zu beteiligen. Inwieweit nehmen die einzelnen Verbände zu der Beteiligung an der Akademie bzw. auch der finanziellen Durchführung Stellung. Hierfür muß vorher die Auszubstungsbauer festgestellt werden.

Eine sehr ausgedehnte Aussprache entfaltete die Verhandlung der Lohnpolitik der Verbände. Der Bundesvorstand hatte diese Frage auf die Tagesordnung gestellt infolge einer Beschwerde des Verbandes der Bergarbeiter darüber, daß die anderen Verbände bei ihrer Lohnpolitik zu wenig Rücksicht auf die Preisgestaltung der Kohle nähmen. Auch wünschte der Bergarbeiterverband, daß beim A. D. G. B. eine wirtschaftspolitische Stelle eingerichtet werde. Ferner hatte der Ortsausschuß Nürnberg zentrale Verhandlungen mit den Unternehmern wegen des Lohn- und Preisabbaus gewünscht. Bei dieser Gelegenheit machten die Vertreter der Verbände der Bergarbeiter und der Eisenbahner eingehende Mitteilungen über die gegenwärtigen großen Lohnbewegungen in ihren Berufen. Allgemein wurde gewünscht, daß der Bund sich für die Beilegung dieser Bewegungen einsetze, jedoch wurde auch die außerordentlich schwierige Lage der Bergarbeiter und der Eisenbahner allgemein anerkannt und der Regierung soll jeder Zweifel darüber genommen werden, daß der Ausschuß sich mit aller Kraft hinter diese Arbeitergruppen stellt. Ferner wünschte der Bundesausschuß, daß der Bundesvorstand seine bisherige Vertretung im Reichsausschuß für Landwirtschaft beibehält, obgleich sie bisher nicht imstande war, das Seligen der Seuerung aufzuhalten. Immerhin gibt die Vertretung die Möglichkeit, sich über die wirtschaftlichen Verhältnisse zu unterrichten. Eine Verantwortung für die Tätigkeit dieses Reichsausschusses müsse der A. D. G. B. aber ablehnen. Im übrigen stellte der Ausschuß sich auf den Standpunkt, daß eine Mitwirkung des Bundes bei der Lohnpolitik der einzelnen Berufe nicht erfolgen solle. Diese müsse nach wie vor Aufgabe der einzelnen Organisationen bleiben. In lebenswichtigen Industrien dürften entscheidende Schritte allerdings nicht ohne das Einverständnis der übrigen Arbeiterschaft erfolgen, die durch diese Maßnahmen in Mitleidenschaft gezogen werden könnte.

Scharf und entschieden nahm der Bundesausschuß Stellung gegen die Verordnung des Reichspräsidenten über Streiks in Betrieben, die die Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität versorgen. In der Aussprache kamen gegenläufige Meinungen überhaupt nicht zum Ausdruck, sondern es wurden nur Einzelheiten vorgebracht, die geeignet waren, die Stellungnahme noch zu verstärken. Einstimmig wurde folgende Entschließung angenommen:

Der Reichspräsident hat mit Zustimmung des Reichskabinetts am 10. November d. J. auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung eine Verordnung erlassen, durch die das Streikrecht in den Betrieben, die die Bevölkerung mit Gas, Wasser oder Elektrizität versorgen, unter Zwangsmaßnahmen gestellt und strafrechtlich eingeschränkt wird. Der Reichstag hat am 30. November d. J. dieser Verordnung zugestimmt und ihre Aufrechterhaltung bis zur Einführung eines obligatorischen Schlichtungsverfahrens beschlossen.

Der Vorstand und Ausschuß des A. D. G. B. vertreten in Bezug auf das Streikrecht in den genannten Betrieben den gleichen Standpunkt, den der zehnte Gewerkschaftskongress 1912 in Nürnberg hinsichtlich des Streikrechts der Eisenbahner angenommen hat. Er erkennt nicht die großen Schäden, die durch Streiks in solchen lebenswichtigen Betrieben für Wirtschaftsebenen und Bevölkerung hervorgerufen werden und lehnt insbesondere wilde Streiks, die entgegen den gewerkschaftlichen Grundregeln oder Satzungen geführt werden, in entschiedenster Weise ab.

Obgleich erhaben Vorstand und Ausschuß des A. D. G. B. auch in diesem Fall Einspruch gegen nur vorübergehende Befreiung des Streikrechts, das allen Arbeitern und Angestellten ohne Ausnahme zusteht. Sie vertreten aus dem Grundpunkt, daß Streiks nicht durch Verbote, sondern nur im Wege der Verständigung mit den gewerkschaftlichen Organisationen zu verbieten sind.

Die beiden gewerkschaftlichen Zentralvertretungen richten an die Reichsregierung das dringende Ersuchen, die auch mit den Bestimmungen der Reichsverfassung nicht zu vereinbarende Verordnung vom 10. November 1920 wieder aufzuheben, die proletarischen nachdrücklich gegen ihre Aufrechterhaltung und Abänderung durch ein Zwangsentscheidungsrecht, das die Gewerkschaften ebenfalls stets bekämpft haben.

An die Arbeiter und Angestellten in den lebenswichtigen Betrieben richten Vorstand und Ausschuß des A. D. G. B. den Appell, ihre Interessen stets nur im Rahmen der gewerkschaftlichen Organisationen zu vertreten und sich nicht zum Schaden der gesamten Volkswirtschaft von unverantwortlichen Streiks in wilde Streiks hineinzulassen.

Zu den Angriffen der von den Moskowitern geleitet und zum Teil wohl auch noch etwas anders ausgefallenen Kommunisten hatten schon vor der Ausschussbildung einige Gewerkschaften in recht scharfer Weise Stellung genommen. Unter den im Ausschusse versammelten Vorstandsvertretern herrschte natürlich volle Einmütigkeit darüber, daß hier nur eine entschiedene Abwehr am Platze ist. Die einstimmig angenommene Entschließung hat folgenden Wortlaut:

Die Moskauer „Kommunistische Internationale“ hat der Gewerkschaftsinternationale (Amsterdamer) Krieg und Vernichtung angelegt.

An der wahrheitswidrigen und unbeweisbaren Behauptung, die mittel- und westeuropäischen Gewerkschaften seien fast ihren Landeszentralen „geblü“, ihre Führer vom Privatkapital „besessen“, wird eine Aktion eingeleitet, deren eingetandenes Ziel die Zerschlagung und die Zerschlagung der Arbeit und unter schweren Umständen und Opfern im Jahre 1921 in den Gewerkschaften ist. Die Gewerkschaftsmitglieder sollen gegen den Moskauer Zehner verpflichtet sein, die Betriebsräte und Gewerkschaften tatsächlich der Leitung der kommunistischen Partei unterzuordnen. Damit nicht genug, erwartet diese von ihren Parteigängern, daß sie ihre politischen Ziele höher stellen als die Form der Gewerkschaften und daß sie selbst vor einer Spaltung der Gewerkschaftsorganisationen nicht zurückweichen, wenn der Bericht auf eine Spaltung gleichbedeutend sein würde mit einem Bericht auf die revolutionäre Tätigkeit in den Gewerkschaften. Während die deutschen Gewerkschaften bisher als eines ihrer höchsten Ziele die Vereinigung der Gewerkschaften, auf den Landeszentralen ihre Gewerkschaften selbst festzusetzen, ihre Tätigkeit selbst zu bestimmen, sollen sie also künftig dem Gebote von Personen und Körperlichkeiten unterworfen sein, die — ohne Kenntnis der jeweiligen Verhältnisse — rein doktrinar urteilen. Nicht das Proletariat würde diktiert, sondern obscure Claqueurs würden eine Diktatur über das Proletariat anheben.

Streuen ihrer Tradition und im Besonderen der Beschlüsse der internationalen Kongresse, insbesondere des letzten in London, bezeichnen die deutschen Gewerkschaften ihre sympathie und Solidarität mit den Arbeitern aller Länder, die sich gleich mit dem Proletariat Rußlands, dessen Leiden und Bestrebungen mit tiefster Anteilnahme beschäftigen. Sie glauben, daß der Anschlag der russischen Proletarier an die Amsterdamer Internationale die

Kampfkraft der Arbeiterschaft der Welt stärken und auch den russischen Gewerkschaften Vorteile bringen würde. Aus demselben Grunde sind die deutschen Gewerkschaften entschlossen, gegen alle ihre eigene Autonomie und Bewegungsfreiheit geübenden Bestrebungen zur Wehr. Als eine solche Gefährdung betrachten sie die Bildung kommunistischer „Kleinzellen“, bestimmt, die Gewerkschaften von innen auszuwühlen, sie den Moskauer Zehnen gelügig, in Mitleidlichkeit aber aktionsunfähig zu machen. Im Gegenjähre zu untern bewährten gewerkschaftlichen Methoden sollen diese „Kleinzellen“ durch die Besetzung der Leitung von A. D. G. B. und der Landeszentralen, durch die Verdrängung der Wahrheit u. a., die wir als unmoralisch und gewerkschaftsfeindlich mit aller Entschiedenheit ablehnen und bekämpfen. Da die von Moskau anempfohlenen Tendenzen in hohem Maße die Einheits- und Einheitspolitik der Gewerkschaftsbewegung gefährden, die Arbeiterkassen in ihrer Schlagkraft lähmen, Verwirrung und Zersplitterung nach sich ziehen, so erklärt der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes es als unabweisbare Pflicht der Verbände, die bestehenden Bestrebungen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen. Mitglieder, die als einzelne oder in Verbindung mit andern die heute mehr denn je notwendige Einheits- und Einheitspolitik schwächen, schädigen deren Position gegenüber dem Kapital, verstoßen darum gegen die gewerkschaftlichen Grundzüge und stellen sich außerhalb des Rahmens der Verbände. Die Konsequenzen aus einem solchen Verhalten ergeben sich damit von selbst.

Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes warnt darum im Interesse der gewerkschaftlichen Organisationen vor der Propaganda der Moskauer Tendenzen. Er richtet an die Mitglieder der angeschlossenen Verbände die erste Mahnung, den bewährten Grundrissen der deutschen Gewerkschaften treu zu bleiben und allen Versuchen, Zwietracht und Uneinigkeit in die Mitgliederkreise zu tragen, mit entschlossener Tatkraft entgegenzuwirken.

Über den Ausbau der Wirtschaftsorganisationen machte Adolfs Cohen eine Reihe von Mitteilungen, und da diese Sache noch nicht spruchreif ist, beschloß der Ausschuß, eine 15gliedrige Studienkommission einzuladen. 10 Vertreter soll der Ausschuß bestimmen und 5 Vertreter sollen dem A. D. G. B. Bund eingeräumt werden.

Ein wenn auch nicht großes, so doch unter den heutigen Verhältnissen immerhin beachtenswertes Stück praktischer Arbeit zur Verringerung der Bekleidungsnot leistete der Ausschuß in seiner Stellungnahme zu der Warenbeschaffungssstelle, an der sich der Bundesvorstand beteiligt hat. Es wurde gegen eine Stimme beschlossen, daß der Bundesvorstand sich an dieser Warenbeschaffungssstelle weiterbeteiligen soll.

Eine schwierige Frage für die deutschen Gewerkschaften bilden die Folgen, die im Saargebiet infolge der Einführung der Frankennährung entstehen werden. Für die Gewerkschaften handelt es sich darum, welche Beiträge die dortigen Gewerkschaftsmitglieder leisten und welche Unterkümmern sie erhalten sollen. Da sich die Sachlage noch nicht klar übersehen läßt, beschloß der Ausschuß auf Antrag Simon (Schubmacher), daß der Bundesvorstand eine Vertretung ins Saargebiet entsenden soll, die sich dort mit den Gewerkschaften in Verbindung setzt, damit sie zunächst selber zu der Frage Stellung nehmen und ebenfalls die Vorstände ihre dortigen Mitgliedschaften veranlassen, sich zu der Sache zu äußern.

Nicht minder schwierig, weil ebenfalls in die satzungsgemäßen Rechte der einzelnen Gewerkschaften eingreifend, ist die Frage der Vereinfachung der Mitgliedsrechte der verkürzt Arbeitenden. Die ungleiche Behandlung dieser Arbeitergruppen in den verschiedenen Gewerkschaften hat schon lange Anzudehnheit unter den Gewerkschaftsmitgliedern erregt. Jedoch ist eine einheitliche Lösung der Frage sehr schwierig, und die jetzige Ausschussbildung hatte eine Kommission eingesetzt, die dieser Sitzung auch ihre Vorschläge unterbreitete. Die Teilnehmer an der Ausschussbildung glauben jedoch nicht aus eigener Machtvollkommenheit diese ziemlich verwickelte Frage lösen zu können und verlagten die Erledigung bis zur nächsten Sitzung. Bis dahin sollen die Vorstände dazu Stellung nehmen.

Recht schnell wurde der nächste Punkt der Tagesordnung erledigt: Unterstützung der ungarischen Gewerkschaften. Dazu hat der Internationale Gewerkschaftsbund aufgefordert. Eine der Folgen des Boykotts über Korhny-Lugars ist die, daß letztem die Gewerkschaften sich dort etwas besser rühren können. Jedoch sind ihre Kräfte vollständig erschöpft worden durch die riesigen Prozentsätze und die Unterstützungen, die sie den Opfern des weißen Schredens gewähren. Einige deutsche Gewerkschaften haben zu diesem Zweck ihren ungarischen Bruderverbänden schon namhafte Beiträge bewilligt. Der Ausschuß beschloß, daß die deutschen Gewerkschaften nach Maßgabe des durchschnittlichen Mitgliederstandes vom vorigen Jahre für jedes Mitglied den Betrag von 5 Pf. an die ungarischen Gewerkschaften abführen sollen. Das Geld wird in ungarische Kronen umgerechnet bei einer Wiener Bank eingezahlt und kann dort unter Kontrolle des Internationalen Gewerkschaftsbundes von den ungarischen Gewerkschaften erhoben werden.

Die Auslegung des Friedensvertrags durch die Entente hat, wie bekannt, schon zu vielen Härten geführt, die in Deutschland den Eindruck erwecken, als sei es der Entente weniger um eine gewissenhafte Erfüllung des Vertrags zu tun, als darum, alle Bestrebungen des deutschen Volkes vergeblich zu machen, sich aus seinem Elend emporzuarbeiten. Den neuesten Bestrebungen der Entente auf diesem Gebiete setzte der Ausschuß folgende Resolution entgegen:

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gemeinsam mit dem Vorstand des Allgemeinen freien Angestelltenverbandes, das ist die Vertretung von mehr als zehn Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten, erheben Protest gegen die fortgesetzten inhumanen Entstellungen und Benutzungen des deutschen Wirtschaftslebens, wie sie ständig hervorgerufen werden durch die Bestrebungen der Ententeregierungen und ihre Vertretungen in Deutschland, den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrags immer neue und immer rigorosere Auslegungen zu geben oder neue Forderungen aufzustellen, die weder rechtlich noch sachlich begründet sind.

Den Bemühungen der Gewerkschaften, die vorhandenen Ausschüsse und andere Anlagen friedlichen, der sozialen Wohlfahrt und insbesondere sozialhygienischen Zwecken zuzuführen, unter vollständiger Entfaltung ihres militärischen Charakters, hat die Entente ein glattes „Nein!“ entgegengesetzt; sie besteht darauf, daß

diese Ausschüsse zerstört und damit Milliarden an Wertlosinnlos vernichtet werden müssen, während es dem deutschen Volk an den besten Mitteln zur Befreiung aus seiner Unterdrückung und in ungehinderten Wohnungen dahinschleichenden Fremden und Sünden fehlt.

Nachdem die Förderung der Zerstörung der Dieselmotoren angebracht, erhebt die Entente von neuem Forderungen, die auf die vollkommene Vernichtung der deutschen Luftverkehrsmittel hinauskommen, obwohl nach Artikel 201 des Friedensvertrags Deutschland durchaus berechtigt ist, sechs Monate nach Friedensschluß Luftfahrzeuge zu bauen, zu betreiben und zu verkaufen.

Die deutschen Gewerkschaften und Angestelltenverbände haben wiederholt erklärt, daß sie gewillt sind, an der ehrlichen Erfüllung des Versailler Vertrags mitzuwirken. Ohne diese Mitwirkung ist die Erfüllung unmöglich. Durch derartig rigorose Maßnahmen der Ententeregierungen wird jedoch dieses Bestreben der deutschen Arbeiter- und Angestelltenräte systematisch untergraben und letzten Endes unmöglich gemacht. Die vorgenannten Vorkerbühren richten daher an die Arbeiter- und Angestellten in den Ententeländern die dringende Aufforderung, auf ihre Regierungen in diesem Sinne einzuwirken, daß solche schädlichen Maßnahmen gegen das deutsche Wirtschaftsleben in Zukunft ausbleiben.

Mit der Frage der Sozialisierung des Bau- und Wohnungswesens hatte sich schon die vorige Ausschussbildung beschäftigt und die Einleitung einer Kommission beschlossen, die in Gemeinschaft mit den beiden sozialdemokratischen Parteien der Lösung dieser Frage nähere Schritte soll. Im Auftrag dieser Kommission berichtete Brey (Fabrikarbeiter) die Aufgaben, die auf diesem Gebiete zu lösen sind, sind so mannigfaltig und schwierig, daß es nötig ist, zu ihrer Bewältigung ein besonderes Sekretariat einzurichten, das das Material dazu vorbereitet. Die Einrichtung eines solchen Sekretariats wurde beschlossen. Wegen der Kosten muß nach ein Abkommen mit den politischen Parteien getroffen werden.

Die Stellungnahme zum Stande der Sozialisierungsrage leitete Imbreil ein. Es handelt sich dabei bekanntlich zunächst um die Sozialisierung des Kohlenbergbaues. Der Redner be sprach die dazu vorliegenden zahlreichen Vorschläge und die Bemühungen der Gegner der Sozialisierung, diese zum mindesten auf die lange Bank zu schieben. In der Aussprache wurde unter anderem die große Gefahr herorgehoben, die darin besteht, daß auch eine Vollsozialisierung der Bergarbeiter noch nicht gleich die günstigen Lohn- und Arbeitsbedingungen bringen kann, auf die sie bei der Schwere und Gefährlichkeit ihrer Arbeit berechtigten Anspruch haben und daß dies von verschiedenen Seiten in demagogischer Weise gegen den Sozialismus überhaupt ausgenutzt werden kann. Es handelt sich dabei nicht nur um wirtschaftliche Erwägungen, sondern auch um sehr wichtige taktische Fragen. Der Ausschuß entschied sich für Einsetzung einer Kommission, die zu diesem Zwecke mit den beiden sozialistischen Parteien in Verbindung treten soll.

Die schwierige Frage Berufs- oder Industrieorganisation drängt auch im Bergbau zu einer Lösung, besonders wenn man sich vergegenwärtigt, daß im Bergbau neben den eigentlichen Bergarbeitern auch noch Mitglieder der Verbände der Metallarbeiter, Maschinenführer und Seiler, Fabrikarbeiter, Holzarbeiter, Bauarbeiter, Zimmerer, Dachdecker, Sattler, Maler, Transportarbeiter, Eisenbahner und Gärtner beschäftigt sind. Auf einem vom Bergarbeiterverband lud die Vorstände dieser Gewerkschaften ein zu einer am 18. Januar in Berlin abzuhaltenden Besprechung.

Die Gewerkschaftsangelegenheiten sind samt und sonders sehr überlastet und besonders groß ist, wie allseitig anerkannt wurde, die Überlastung bei den leitenden Angestellten des Bundesvorstandes. Eine Abhilfe durch Anstellung weiterer Kräfte konnte bisher nicht geschaffen werden, weil dem Bundesvorstande teils die Mittel, teils auch die Räumlichkeiten dazu fehlen. Um den allerdingendsten Anforderungen ein wenig entgegenkommen zu können, schlug der Bundesvorstand vor, zunächst einen weiteren Sekretär anzustellen. Die Berufung einer weiteren Kraft bleibt vorbehalten. Ferner erhielt er die Ermächtigung, außerdem eine Kraft für die Ausgestaltung der sozialpolitischen Abteilung anzustellen. Zum Sekretär wurde Robert Schmidt gewählt.

Eine sehr gründliche und trotz gelegentlicher sachlicher Meinungsverschiedenheiten vom besten kameradschaftlichen Geiste getragene Aussprache entspann sich bei dem Tagesordnungspunkt „Die nächsten Aufgaben der Gewerkschaften“. Hierzu hatte Dörmann (Metallarbeiter) das einleitende Referat übernommen. Allseitig gab man der Meinung Ausdruck, daß die Gewerkschaften mit der bisherigen bloßen Lohnpolitik nicht weiterkommen können und daß die Verhältnisse zu weiterer Betätigung drängen. Diese sei um so notwendiger, da den politischen Parteien durch die bedauernden Spaltungen die Erfüllung ihrer Aufgaben sehr erschwert sei und nur so die Möglichkeit vorhanden sei, eine Einheitsfront des kämpfenden Proletariats wiederherzustellen. Die Aussprache, an der sich zahlreiche Vertreter größerer, mittlerer und kleinerer Gewerkschaften beteiligten, war sehr fruchtbringend.

Im Anschluß an diesen Tagesordnungspunkt berichtete das Bundesvorstandsmitglied Sabath über die Verhandlungen mit dem Allgemeinen freien Angestelltenbund (A. F. A. B.) über die Frage der Zusammenfassung der Hand- und Kopfarbeiter zu einer gewerkschaftlichen Organisation. Wie weit eine solche Zusammenfassung reichen soll, darüber geben die Meinungen noch recht weit auseinander, um so mehr, da es Berufe gibt, bei denen die Gruppierung Schwierigkeiten verursacht. Es finden noch weitere Verhandlungen über diese Angelegenheiten statt.

Ein den beiden vorher behandelten Fragen verwandtes Gebiet berührt der Bericht der Kommission betreffend die Industrieorganisation. Berichterstatter war Dörmann. Die Kommission ist in voller Tätigkeit und bemüht, dem Gebote der Zeit Rechnung zu tragen. Sie wird in der nächsten Sitzung bestimmte Vorschläge machen können. Einstweilen sind noch weitere Verhandlungen

lungen nötig und der Redner ersuchte die Verbandsvorstände, den Einladungen dazu zu folgen. Die Kommission behandelte ebenfalls die Frage des Gewerblichkeitsrechts. Da der verorbene Redakteur Brinngmann Mitglied dieser Kommission war, wurde der Zimmererverband ersucht, einen neuen Vertreter in diese Kommission zu entsenden.

Im vorerörterten Teil entspann sich noch eine längere Auseinandersetzung über die Schlichtungsordnung. Adolf Cohen (Bundesvorsitz) berichtete über den Gesetzentwurf, soweit er bis jetzt vorliegt. Die Mitwirkung der Gewerblichen hat erfreuliche Verbesserungen des ursprünglichen Entwurfs erlitten, und es wird die Aufgabe der Arbeitervertreter im Reichstage sein, dafür zu sorgen, daß die bisher ausgebrochenen Willkür bei den Verhandlungen im Reichstage nicht wieder eingeleitet werden. Eine längere Aussprache entspann sich über die Verbindlichkeitsklärung der Schlichtungspraxis und über etwaige Streiks in gemeinnützigen Betrieben. Es soll natürlich versucht werden, in betreff der noch vorhandenen Bestimmungen, die der Arbeiterschaft nachteilig sind, eine zweckdienlichere Lösung zu finden.

Es war eine sehr umfangreiche und wichtige Tagesordnung, die der Ausschuss diesmal zu erledigen hatte, und daß sie mit Ausnahme der noch nicht spruchreife Sachen erledigt werden konnte, ist nur der Arbeitsfreudigkeit und dem kameradschaftlichen Zusammenwirken familiärer Teilnehmer zu danken. Die Ausschussmitglieder gingen in dem Geiste auseinander, wieder einmal ein Stück praktischer Gewerkschaftsarbeit verrichtet zu haben.

### □ □ □ Korrespondenzen □ □ □

**Mugsburg.** Dem Aufrufe des Tarilausschusses entsprechend, fand am 29. November zwischen den Leitungen unserer Mittelschicht und der Prinzipale eine Sitzung statt, um eingehend Mittel und Wege zu suchen, die der Arbeitslosigkeit, die auch hierorts durch 65 Arbeitslose in der Erscheinung tritt, zu begegnen ist. Es wurde nach ergiebiger Aussprache eine Kommission beider Tarilkontingenten eingesetzt, die durch schriftliche Eingaben und persönliche Vorstellung an alle öffentlichen Stellen heranzutreten hat, um durch eine Belohnung des Druckgewerbes mit Aufträgen eine wirksame Notstandsaktion für die Arbeitslosen durchzuführen. — Am 5. Dezember fand die aufbelebte Gründungsversammlung der Lehrlingsabteilung unserer Mittelschicht statt. Vorsitzender Vater gab einen historischen Abriss der Geschichte des Verbandes, um dann auf Zweck und Ziel der Lehrlingsordnung und Lehrlingsabteilung einzugehen. Die sachlichen und weiteste Aufklärung bietenden Worte fanden ungeteilten Beifall der Anwesenden. Kollege R. Stier verwies als Vertreter des Graphischen Klubs und des Maschinenmellereklubs auf deren sachliche Einrichtungen, von denen Gebrauch zu machen den Lehrlingen in umfassendstem Maße ermöglicht werde. Sodann forderte der Leiter der Lehrlingsabteilung, Kollege Gregor Müller, die Eltern der Lehrlinge auf, ihre Söhne stets anzubellen, die hier geschaffenen Einrichtungen und beruflichen Fortbildungsmöglichkeiten rege zu benutzen. An den Lehrlingen selbst liegt es nun, durch ständige Teilnahme am Geschehen sich die Vorbildung zu tüchtigen Gewerbeangehörigen zu eigen zu machen. Namens der Lehrlinge brachte der Lehrling Anzenhofer den Dank für die heutige schöne Veranstaltung zum Ausdruck und forderte seine Kameraden auf, immer vollständig die nun folgenden beruflichen Veranstaltungen zu besuchen, um so ihr Wissen und Können mehr und mehr zu erweitern. Im heutigen schweren wirtschaftlichen Ringen sei es nicht getan, wenn man am Kalten oder der Maschine stehen, sondern man müsse als vollwertiger Gehilfe später seinen Platz ausfüllen können. Neben Musikvorträgen wurde die Feier durch vorzüglich zu Gehör gebrachte Lieder und Quartette des Sängerkorps der Gesellschaft „Typographia“ (Mugsburg) verklärt. — Der 7. Dezember galt der Stellungsnahme zum neuen Tarif, zu welchem Zweck eine sehr gut besuchte außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen war. In dieser wurde bedauert, daß von selten der Gehilfenvertreter kein Referat über die Tarifverhandlungen am hiesigen Ort erstattet wurde. Von allen Rednern wurde zum Ausdruck gebracht, daß der neue Tarif wohl wieder ein dickleibiges Gewerbegesetzbuch geblieben ist, sonst aber auf der ganzen Linie eine Entschärfung für die Gehilfenchaft geworden sei. Die gewährte Teuerungszulage wurde von allen Seiten als vollständig ungenügend bezeichnet. Besonders von selten der Maschinenmeller wurde darauf hingewiesen, daß sich die Prinzipalität so fest an den gesetzlichen Arbeitsvertrag klammert. Dieser stelle jedoch den Maximalarbeitsstag dar. Bei besonders ungesund oder anstrengender Arbeitsweise verbiete das Gesetz keinesfalls, unter diesen zu gehen. Eine solche lege bei der Fähigkeit an der Schmalchine ungewissheit vor, zudem bei den herrschenden Ernährungsverhältnissen. Die alte Regelung der Ferien nach Geschäftszugehörigkeit wurde verurteilt. Wenn die von unfern Vertretern geleistete Arbeit in Anbetracht der schwierigen Zeitverhältnisse auch eine gewisse Entschärfung seitens der Verammlung fand, so wurde aber auch das Verhalten der Prinzipalität, die von einem Verfehen der neuen Zeit in keiner Weise sich lassen lasse, entsprechend gewertet. Dies hätten ihre Anträge bewiesen, welche nicht das geringste soziale Verständnis atmen. Der ganze Verlauf der Verhandlungen habe ein klares Spiegelbild des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit gegeben. Wenn die Gehilfenchaft schweren Herzens zu der Annahme des Tarifs komme, so geschieht es nur in der Voraussetzung, daß ab Januar 1921 eine weitere Erhöhung der Teue-

rungszulage eintritt. Ferner wird von der hiesigen Mittelschicht erwartet, daß die Regelung des Lokalzulages für Mugsburg (als teuerste Stadt Bayerns bekannt) eine weitere materielle Verbesserung bringt. Unter „Bereinsmittelschicht“ wurde u. a. beschlossen, die Invaliden, Kranken und Arbeitslosen zu Weihnachten mit einer Extratraktierung zu bedenken. — Während in früheren Jahren das hiesige Tarifschlichtsgericht oft jahrelang keine Klagen zu erledigen hatte, mußten in diesem Jahr allein schon 15 Fälle schlichtsgerichtlich geregelt werden. Auch die Organisation war in der letzten Zeit verschiedentlich günstig, Klagen anhängig zu machen, namentlich um die Überschreitung der Lehrlingsstala in einigen kleineren Druckereien hinanzuhalten. Schon im Interesse der Arbeitslosen wird in Zukunft der Einhaltung der Lehrlingsstala ein scharfes Augenmerk zugewendet werden.

**H. - Bressau.** (Maschinenmeller.) Unser Verein und die Typographische Gesellschaft am hiesigen Orte hatten sich verständigt, auch in diesem Winterhalbjahre technische Vorträge und Kurse gemeinsam zu veranstalten, um so ein größeres Interesse ihrer Mitglieder am Vereinsleben zu erwecken. — Am 7. November fand im „Gewerkschaftsbaue“ zur Eröffnung des Apparatkursus am „Rotary“ ein technischer Vortrag des Herrn Ingenieur Fuhrmann von der Maschinenfabrik G. Spieh (Leipzig) statt, der recht zahlreich besucht war. Auch waren Kollegen aus der Provinz und einige Prinzipale untrer Einladung gefolgt. Dem Vortragenden, der an der Hand von Zeichnungen den Apparat in seinen Einzelheiten ausführlich erklärte, folgten die Anwesenden mit großem Interesse, und reiches Beifall lohnte dem Redner. Besonderer Dank gebührt Kollegen Engel, dem Vertreter der Firma am Orte, für seine Mühe und Unterstützung. — Am 10. November fand im Saale der „Matthiaskunst“ vor einer stattlichen Kollegenschaft ein Lichtbildvortrag „Über die Entwicklung der Schnellpresse“ statt, der uns bereitwillig vom Bildungsverband zur Verfügung gestellt wurde. Dem Vortrage nebst Bildern folgten die Anwesenden mit großem Interesse, was auch der reiche Beifall am Schlusse des Vortrages bewies. Auch hatten sich die Lehrlinge recht zahlreich zu diesem Vortrag eingefunden. — Der Verein, der unter der bewährten Leitung seines Vorsitzenden Alfred Pielisch besteht, ist, das Interesse unter den Mitgliedern zu fördern, bietet diesen in den Verammlungen stets das, was zu ihrer fachlichen Fortbildung von Nutzen ist, es fanden Vorträge über die „Technik im Drei- und Vierfarbendruck“, über „Die Entschöpfung der schwarzen und bunten Farben“ statt. Möge daher ein recht reges Interesse der Mitglieder am Vereinsleben obwalten.

**n. - Giesleben.** Am 8. Dezember hielt der hiesige Ortsverein seine letzte diesjährige Verammlung ab, die sich hauptsächlich mit dem neuen Tarif befahte. Obgleich der Besuch dieser so wichtigen Verammlung kein besonders guter war, war doch ihr Verlauf interessant und augenscheinlich. In ausführlicher, sachlicher Weise wurden die einzelnen Veränderungen und Neuerungen im vorliegenden Tarif besprochen und die Folgen der Ablehnung sowie auch der Annahme klar und eingehend erörtert. Das Ergebnis der Verammlung war die einstimmige Annahme nachstehender Resolution: „Die Verammlung des Ortsvereins Giesleben erkennt die seitens der Gehilfenvertreter geleistete mühevollen Arbeit an, betrachtet aber die Festsetzung der Teuerungszulage als eine Verhöhung der Gehilfenchaft seitens der Prinzipalität und beauftragt den Gehilfenvertreter Kollegen König, sofort bei den zuständigen Stellen die notwendigen Schritte einzuleiten, um eine materielle Verbesserung herbeizuführen. Hinsichtlich des ideellen Inhalts des Tarifs, der des Unangenehmen genug bringt, empfiehlt es sich, unter den gegebenen Umständen sich auf den Boden der Tatsachen zu stellen, um zu geeigneter Zeit die Forderungen der Kollegenschaft zu erfüllen.“

**Hierlohn.** (Situationsbericht.) Seit unserm letzten Bericht im „Korr.“ im Mai d. J. hat sich das Organisationsleben in unserm Ortsverein für die Funktionäre nicht immer in den Bahnen bewegt, die ein freudiges, fruchttragendes Schaffen derselben gewährleisteten. Die einzelnen Monatsverammlungen wiesen meist immer dieselben Gesichter auf; durchschnittlich waren von etwa 55 Mitgliedern des Ortsvereins 20-25 vertreten. Die „leisernen“ Kollegen erscheinen nur dann, wenn es etwas zu „erben“ gibt. Die während der Zeit in Kraft getretenen Teuerungszulagen erzielten glatte Durchführung. Vier Kollegen wurden im Laufe der Zeit zur Aufnahme in den Verband empfohlen; während bei einem Kollegen die Aufnahme aus verschiedenen Gründen um ein halbes Jahr zurückgestellt wurde. Der ins Leben gerufenen Lehrlingsabteilung traten sämtliche jungen Leute der hiesigen Druckereien bei. Kollege Gustav Witzler übernahm es, kein reiches Wissen und seine Befähigung den Jungbuchdruckern zur Verfügung zu stellen. Die einzelnen Bezirksverammlungen, die zweimal in Hagen und einmal in Lützenhain stattfanden, wurden durchschnittlich nur von acht bis zehn Kollegen besucht. Die Ortskasse übernahm die Fahrt. Die augenblicklichen Arbeitsverhältnisse in den hiesigen Druckereien kann man als günstig bezeichnen; viele Offizinen suchen durch Einschleichen von Abergutenden die Aufträge zu bewältigen. Die Gehilfenchaft arbeitet darauf hin, durch Einstellung Arbeitsloser diesem Abstände zu steuern. In der letzten Monatsverammlung wurde u. a. beschlossen, dem hiesigen Ortskartell 500 Mk. für arbeitslose und kranke Arbeiter zu überweisen; ebenso wurden für die streikenden Buchdrucker in Düsseldorf 100 Mk. bewilligt. Am zweiten Weihnachtstage soll im Vereinslokal eine Familienfeier mit Kinderbescherung stattfinden. Möge diese Feier dazu beitragen, daß alle Kollegen sich mehr und mehr ihrer Pflichten der Organisation gegenüber bewußt sind, denn nur gemeinsames Arbeiten und gemeinsames

Streben bewirken es, daß wir in allen Nöten und Drangsalen der Zeit standhalten können.

**Leipzig.** (Maschinenmeller.) Am 5. Dezember fand eine aufbelebte Mitgliederversammlung statt, die unter dem ersten Tagesordnungspunkte den Bericht über die Kommissionsberatungen zu den Druckerbestimmungen entgegennahm. Kollege Bauer hob eingangs seiner Ausführungen hervor, daß diesmal das Zusammenarbeiten der Experten mit der Zentralkommission ein gutes und erprießliches war, im Gegenfalle zu den Verhandlungen unter Görners Leitung. Er erläuterte an der Hand der geteilten Prinzipale sowie Gehilfenanträge die zu den einzelnen Paragraphen gepflogenen Verhandlungen und die dabei geführte, mitunter recht lebhaftige Aussprache. Der Referent wies auch darauf hin, welche Schwierigkeiten den Experten vom Prinzipalvertreter Alstein gemacht wurden bezüglich der freien Aussprache zu den zur Debatte stehenden Punkten. Die Verammlung sollte kein Verständnis dafür, daß ein führender Unternehmer die Sinngleichung der Experten als Farce bezeichne. Die Aussprache zum Bericht war eine rege. Unter dem zweiten Tagesordnungspunkte gab Kollege Ludwig den Bericht der Prüfungskommission bezüglich des Preisausschreibens. Eingegangen waren 14 Arbeiten, von denen vier mit Preisen belegt und drei zum Ankauf empfohlen wurden. Prämiert wurden die Arbeiten der Kollegen: Kurt Kädlermann, Otto Reich, Kurt Kirchner und Richard Willer. Zum Ankauf empfohlen wurden die außer Wettbewerb gefallenen Arbeiten der Kollegen Karl Gleichbach, Alfred Franke und Zimmermann (Chemnitz). Der vorgeschrittenen Zeit wegen wurde der unter dem dritten Tagesordnungspunkte vorgesehene Vortrag über „Neuzeitliche Druckverfahren“ für eine spätere Verammlung zurückgestellt. Mit der Aufforderung, auch den künftigen Verammlungen ein reges Interesse entgegenzubringen, wurde die Verammlung beendet.

**Mürnberg.** Die erste Bezirksverammlung war für den 5. Dezember einberufen, um zu dem neuen Tarif Stellung zu nehmen. Von den zum Bezirk gehörigen Orten waren lediglich Altdorf (1), Fürth (18), Lauf (3), Schwabach (3) vertreten, während Heroldsberg, Hersbruck, Hilpoltstein, Neumarkt i. O., Neustadt a. M., Röttenbach b. L., Roth, Spalt und Zirndorf fehlten, was vom Bezirksvorsitzenden Beilichmidt in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung sehr bedauert wurde. Fehlerer hatte auch das Referat übernommen und brachte nun den erlähnten annähernd 380 Kollegen die wichtigsten Bestimmungen des neuen Tarifs zur Kenntnis, dabei hauptsächlich die gegen früher erzielten Fortschritte streifend und dabei hervorhebend, daß allerdings die Wünsche der Gehilfen zum größten Teil nicht in Erfüllung gegangen seien. Allein man müsse das große Ganze im Auge behalten und danach sein Urteil fällen. Den Gehilfenvertretern „söhne, man frohden, den Danks aussprechen. Nachdem der Referent noch auf die Nachteile einer tariflosen Zeit hingewiesen hatte, ersuchte er die Kollegenschaft, am Abstimmtage genau zu überlegen. In der folgenden Diskussion wurde von den Rednern allgemein wohl die Unzulriedenheit mit dem Erreichten ausgesprochen, allein doch empfohlen, dem Tarifabschlusse zuzustimmen; nur ein Redner empfahl vollständige Ablehnung des Tarifs und meinte, durch Vabmlegung sämtlicher Zeitungen müsse es ein leichtes sein, dem Willen der Gehilfen zum Durchbruch zu verhelfen. Nachdem der Vorsitzende die auswärtigen Kollegen noch erucht hatte, in ihren Orten Reiseveranstaltungen zum Besuche der Bezirksverammlungen zu gründen, da ein Bezirksbeitrag nicht erhoben werden solle, nahm die Verammlung ihr Ende.

**Sorau (M.-L.).** In einer aufbelebten Verammlung am 6. Dezember nahm der Ortsverein Stellung zu dem neuen Tarif. Fast alle Kollegen vertreten den Standpunkt, daß dieser den gehegten Erwartungen weder materiell noch ideell auch nicht im entferntesten gerecht werde. Eine Ablehnung wäre daher das richtige, um zu erneuten Verhandlungen mit den Prinzipalen zu kommen. Sodann wurde beschlossen, das Stillstandsfest des Ortsvereins im Februar n. J. zu feiern. — Am 4. Dezember traten die Hilfsarbeiter und arbeiterten der Firma Rauer & Piffius in den Ausstand, da ihnen die laut Tarif festgesetzten Löhne nicht voll gezahlt wurden. Vom Betriebsrat eingeleitete Verhandlungen führten zu einer Einigung, und die Arbeit wurde am 7. Dezember wieder aufgenommen.

**Zwickau.** Eine aufbelebte Bezirksverammlung untrer Bezirks, an der alle Bezirksvertreter teilnahmen, befaßte sich mit dem neuen Buchdruckerarif. Kollege Dreher (Leipzig) erstattete hierzu einen instruktiven Bericht über die Tarifverhandlungen, der beifällig aufgenommen wurde. An den Bericht knüpfte sich eine längere Aussprache, in der die ungenügenden materiellen Zugeständnisse eine scharfe Kritik erlöhren. Einzelne Redner plädierten auch für Ablehnung des Tarifs. Schließlich wurde nachstehende Entschöpfung gegen fünf Stimmen angenommen: „Die heutige Bezirksverammlung erkennt an, daß die Gehilfenvertreter alles versucht haben, um einen für die Gehilfenchaft brauchbaren Tarif und eine den Wirklichkeitsverhältnissen entsprechende Teuerungszulage herauszubolen. Wenn dies nicht in einer die Gehilfenchaft befriedigenden Weise ermöglicht werden konnte, so liegt die Schuld an der Rückständigkeit und dem harten Widerstande der Prinzipale, die keinen Funken fortschrittlichen Geistes in den Verhandlungen verpönnen liehen. Die Gehilfenchaft behält sich aber vor, in kurzer Zeit die Teuerungszulagenfrage neu aufzuroffen und dieselbe mit allem Nachdruck in einem der Gehilfenchaft günstigen Sinne zu lösen. Den Gehilfenvertreter spricht die Verammlung ihren Dank für deren manhaftes Eintreten bei der Wahrung der Gehilfeninteressen aus.“